RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

07 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Europawahl 2024
Industrie 2022
Alternative Antriebskonzepte

Fotonachweis

Titelfoto: © Anton Sokolov – stock.adobe.com

In Deutschland wurde das Mindestalter für das aktive Wahlrecht bei Europawahlen gesenkt. Bei der Wahl am 9. Juni 2024 dürfen erstmals die 16- und 17-Jährigen ihre Stimme für das Europäische Parlament abgeben. Aufgrund der Wahlrechtsänderung werden in Rheinland-Pfalz voraussichtlich mehr als 3,1 Millionen Deutsche sowie Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wahlberechtigt sein.

07 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

76. Jahrgang

kurz + aktuell 407

Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Handel ■ Tourismus ■ Preise ■ Bildung ■ Gesundheitswesen ■ Verkehr

Konjunktur aktuell 419

Verbraucherpreise 421

Rheinland-Pfalz in Karten: Beschäftigungsquote 2022 422

Ein Jahr vor der Europawahl 2024 423

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022 – Höhere Umsätze und mehr Beschäftigte in der Industrie 434

Zulassungen und Bestand von Personenkraftwagen mit alternativen Antriebskonzepten 442

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 451

Neuerscheinungen 467

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Industrieproduktion sinkt im April

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im April 2023 ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte sank der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 4,1 Prozent.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen verringerte sich die Güterausbringung. Die Hersteller von Konsumgütern mussten die größten Einbußen hinnehmen (–15 Prozent). Auch der Output der Investitionsgüterproduzenten lag unter dem Niveau des Vormonats (–2,8 Prozent). Die Produktion der Vorleistungsgüterindustrie erhöhte sich dagegen leicht um 0,6 Prozent.

Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen verzeichnete die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie den stärksten Produktionsrückgang. In der Branche, die zur Investitionsgüterindustrie zählt und gemessen an den Umsätzen der zweitgrößte Industriezweig ist, schrumpfte der Güterausstoß um 5,6 Prozent. Die Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die größte Industriebranche ist, drosselte ihre Produktion um 1,3 Prozent. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und unter den umsatzstärksten Branchen an dritter Stelle steht, blieb die Ausbringung nahezu unverändert (–0,1 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Apr 2023		Jan bis Apr 2023
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Mrz 2023	Apr 2022	Jan bis Apr 2022
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-4,1 % ↓	-12,1 % ↓	-8,0 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	0,6 % ↗	-15,4 % ↓	-14,4 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-2,8 % ↓	-0,5 % ↘	6,5 % ↑
Konsumgüterproduzenten	-15,0 % ↓	-18,1 % ↓	-9,7 % ↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-1,3 % ↘	-25,0 % ↓	-23,2 % ↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-5,6 % ↓	-8,3 % ↓	10,0 % ↑
Maschinenbau	-0,1 % ↘	2,3 % ↑	3,1 % ↑
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	8,1 % ↑	-29,9 % ↓	-32,2 % ↓
Inland	10,0 % ↑	-31,5 % ↓	-37,9 % ↓
Ausland	7,0 % ↑	-28,8 % ↓	-28,3 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	8,8 % ↑	-31,8 % ↓	-30,3 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	23,0 % ↑	-23,2 % ↓	-34,5 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-21,8 % ↓	-41,0 % ↓	-31,0 % ↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	17,2 % ↑	-39,1 % ↓	-40,7 % ↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	54,0 % ↑	-38,6 % ↓	-51,0 % ↓
Maschinenbau	11,5 % ↑	-8,9 % ↓	-17,2 % ↓

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Die Industrieproduktion lag im April 2023 um zwölf Prozent unter dem Niveau von April 2022. Der Output der Konsumgüterhersteller ging deutlich zurück. Ähnlich schwach entwickelte sich die Vorleistungsgüterindustrie, was auf den verringerten Güterausstoß der Chemieindustrie zurückzuführen ist. Die Produktionsleistung der Investitionsgüterproduzenten nahm nur

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

leicht ab. Zwar verbuchte die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie ein Minus, doch die Ausbringung im Maschinenbau legte gegenüber dem Vorjahresmonat zu.

Auftragseingänge steigen im April ausgehend von niedrigem Niveau

Im April 2023 erhöhte sich die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten deutlich. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte war der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 8,1 Prozent höher als im Vormonat. Aus dem In- und Ausland gingen mehr Bestellungen ein (+10 bzw. +7 Prozent). Allerdings hatte das Ordervolumen im Vormonat auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau gelegen.

Die Investitionsgüterindustrie, die im März wesentlich zum Einbruch der Nachfrage beigetragen hatte, verzeichnete im April einen kräftigen Anstieg der Bestellungen (+23 Prozent). In der Vorleistungsgüterindustrie gingen ebenfalls mehr neue Aufträge ein als im Vormonat (+8,8 Prozent). Das Ordervolumen in der Konsumgüterindustrie schrumpfte hingegen deutlich (–22 Prozent).

Die starke Zunahme der Investitionsgüternachfrage ist vor allem auf den Anstieg der Auftragseingänge in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen. In dieser Branche wuchs das Ordervolumen im April um 54 Prozent, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Der Maschinenbau nahm ebenfalls mehr neue Aufträge entgegen als im März (+11 Prozent). In der Chemieindustrie erhöhten sich die Bestellungen im April um 17 Prozent.

Trotz des kurzfristigen Anstiegs der bereinigten Auftragseingänge ist im Vergleich zum Vorjahresmonat ein deutlicher Rückgang der Nachfrage nach Industrieprodukten zu verzeichnen. Die Bestellungen waren im April 2023 um 30 Prozent geringer als ein Jahr zuvor. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft liefen wesentlich schlechter als im Vorjahresmonat. Zur Verringerung des Ordervolumens trugen alle drei industriellen Hauptgruppen bei. Auch in den drei umsatzstärksten Industriebranchen lagen die bereinigten Auftragseingänge zum Teil deutlich unter dem Niveau von April 2022; am geringsten waren die Einbußen im Maschinenbau mit –8,9 Prozent.

Industrieumsätze unter Vorjahresniveau

In den ersten vier Monaten 2023 lagen die nominalen Umsätze in der rheinland-pfälzischen Industrie unter den Ergebnissen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Das Ergebnis wurde vor allem von der Entwicklung in der Pharmaindustrie sowie der Chemieindustrie beeinflusst. Das Minus gegenüber Januar bis April 2022 betrug trotz gestiegener Preise 6,6 Prozent (Deutschland: +6,8 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten dagegen erhöhte sich um 1,6 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

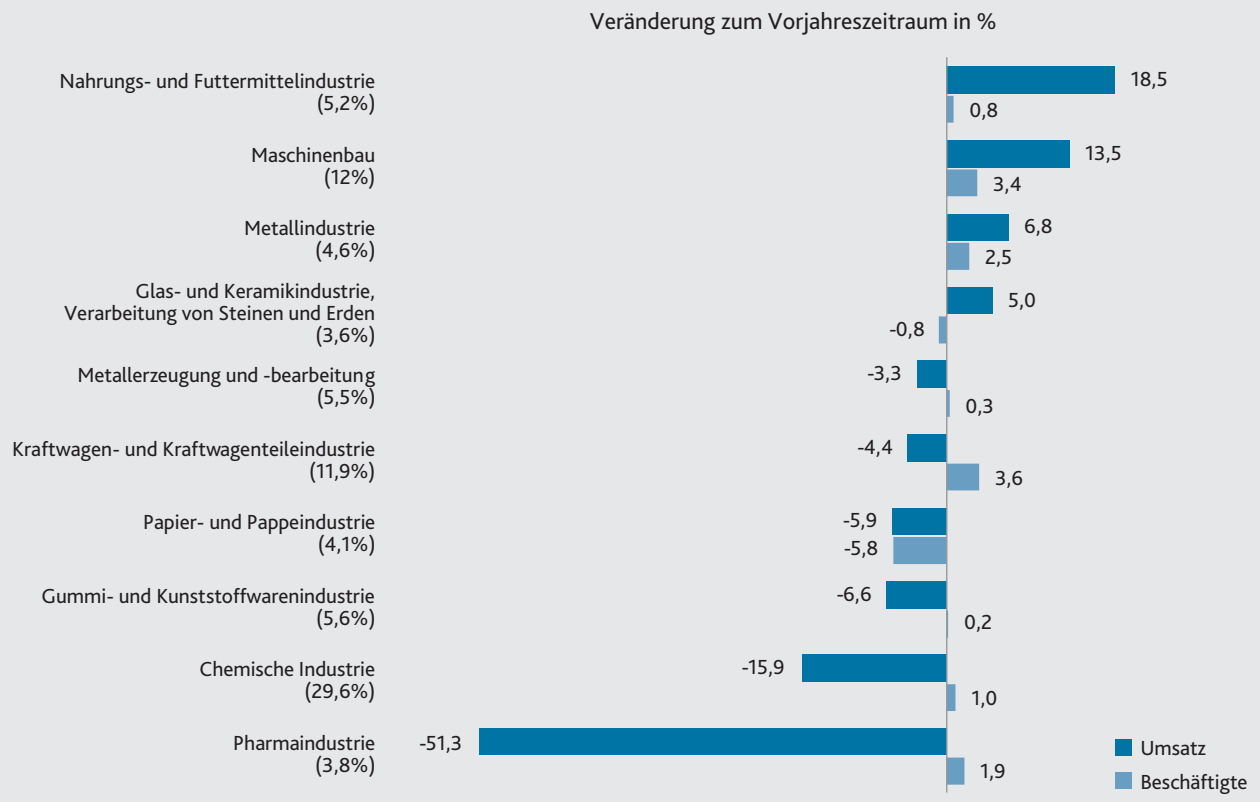
Insgesamt erwirtschafteten die Industriebetriebe Umsätze in Höhe von 36,1 Milliarden Euro. Die Auslandsnachfrage nach rheinland-pfälzischen Gütern reduzierte sich im Vergleichszeitraum um 4,4 Prozent; die Rückgänge aus dem Inland lagen bei 9,4 Prozent. Die Exportquote betrug 56,5 Prozent (+1,3 Prozentpunkte).

In sechs der zehn umsatzstärksten Branchen gingen die Umsätze gegenüber dem Vergleichszeitraum 2022 zurück. Die höchsten Einbußen gab es mit 51 Prozent in der Pharmaindustrie. Die Chemieindustrie erzielte 16 Prozent weniger Umsätze; bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lag das Minus bei 4,4 Prozent. Dagegen konnte der Maschinenbau sowie die Hersteller von Nahrungs- und Futtermittel mehr Erlöse verbuchen (+14 bzw. +19 Prozent).

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe beschäftigten in den ersten vier Monaten 2023 rund 261 000 Personen. Im Vergleich zum Vorjahresniveau waren das 4 000 Arbeitskräfte mehr (+1,6 Prozent). Acht der zehn umsatzstärksten Branchen meldeten Beschäftigungszuwächse. Die größten Zunahmen gab es im Maschinenbau sowie bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+3,4 bzw. +3,6 Prozent). Auch in der Pharmaindustrie sowie der Chemieindustrie wurden trotz starker Umsatzverluste mehr Arbeitskräfte eingestellt (+1,9 bzw. ein Prozent). Dagegen bauten die Papier- und Pappehersteller 5,8 Prozent der Belegschaft ab.

Im April 2023 belief sich der Umsatz in den Industriebetrieben auf 8,2 Milliarden Euro und lag damit 14 Prozent

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis April 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



( ) Anteil an den Umsätzen insgesamt

unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Die Umsätze aus dem Inland gingen um 18 Prozent zurück, die aus dem Ausland um zehn Prozent. In Deutschland stiegen die Umsätze um 0,5 Prozent (Inland: –2,3 Prozent; Auslandsumsatz: +3,3 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten nahm im April 2023 um 1,3 Prozent auf 261 000 zu (Deutschland: +1,5 Prozent).

Anstieg der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im April bei sinkenden Umsätzen

Die Betriebe des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes nahmen im April 2023 mehr neue Aufträge entgegen als im Vormonat. Der Wert der Bestellungen stieg kalender- und saisonbereinigt um 5,4 Prozent. Die baugewerblichen Umsätze nahmen im April dagegen um 4,3 Prozent ab.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich bei den Auftragseingängen in jeweiligen Preisen ein Plus von neun Prozent. Die baugewerblichen Umsätze waren 4,3 Prozent höher als im April 2022. Preisbereinigte Angaben zu Bestellungen und Umsätzen liegen nicht vor. Da die Preise für Bauleistungen in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen sind, dürfte die Entwicklung von Auftragseingängen und Umsätzen real – d. h. um Preisveränderungen bereinigt – schwächer verlaufen sein.

Im Hochbau stieg das Ordervolumen im April um 8,3 Prozent. Ein wesentlicher Grund war das kräftige Wachstum im Wohnungsbau (+36 Prozent). In den beiden anderen Bereichen des Hochbaus veränderten sich die Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat nur leicht: Im sogenannten öffentlichen Hochbau, der Aufträge von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst, nahm das Ordervolumen um 0,9 Prozent zu. Im gewerblichen Hochbau schrumpfte die Nachfrage dagegen um 0,6 Pro-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Apr 2023		Jan bis Apr 2023
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Mrz 2023	Apr 2022	Jan bis Apr 2022
Auftragseingang	5,4 % ↑	9,0 % ↑	9,3 % ↑
Hochbau insgesamt	8,3 % ↑	5,1 % ↑	9,6 % ↑
Wohnungsbau	36,0 % ↑	-21,7 % ↓	-25,9 % ↓
gewerblicher Hochbau	-0,6 % ↘	50,2 % ↑	45,8 % ↑
öffentlicher Hochbau	0,9 % ↗	-28,1 % ↓	-13,4 % ↓
Tiefbau insgesamt	3,1 % ↑	12,5 % ↑	9,0 % ↑
gewerblicher Tiefbau	6,7 % ↑	29,1 % ↑	43,2 % ↑
Straßenbau	-12,1 % ↓	-9,1 % ↓	-6,2 % ↓
sonstiger öffentlicher Tiefbau	25,3 % ↑	36,5 % ↑	5,8 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	-4,3 % ↓	4,3 % ↑	4,5 % ↑
Hochbau insgesamt	-9,5 % ↓	-1,3 % ↘	3,3 % ↑
Wohnungsbau	-19,5 % ↓	-11,7 % ↓	1,5 % ↗
gewerblicher Hochbau	-5,7 % ↓	13,5 % ↑	10,0 % ↑
öffentlicher Hochbau	15,3 % ↑	-8,7 % ↓	-10,0 % ↓
Tiefbau insgesamt	0,9 % ↗	9,7 % ↑	5,7 % ↑
gewerblicher Tiefbau	3,0 % ↑	16,4 % ↑	17,9 % ↑
Straßenbau	-0,8 % ↘	2,6 % ↑	3,0 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	1,4 % ↗	15,7 % ↑	-0,6 % ↘

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

zent. Im Tiefbau lagen die Auftragseingänge im April um 3,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Besonders stark erhöhten sich die Bestellungen im sonstigen öffentlichen Tiefbau (+25 Prozent). Auch im gewerblichen Tiefbau gingen mehr neue Aufträge ein als im Vormonat (+6,7 Prozent). Im Straßenbau schrumpfte das Ordervolumen dagegen um zwölf Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Auftragseingänge im Tiefbau um zwölf Prozent und im Hochbau um 5,1 Prozent.

Der Umsatzrückgang gegenüber dem Vormonat ist auf das Minus im Hochbau zurückzuführen. Die baugewerblichen Erlöse des Hochbaus schrumpften im April um 9,5 Prozent. Umsatzeinbußen verzeichnete vor allem der Wohnungsbau, dessen Erlöse um 19 Prozent sanken. Auch der gewerbliche Hochbau verzeichnete geringere Umsätze als im Vormonat (–5,7 Prozent). Der öffentliche Hochbau erzielte derweil ein deutliches Umsatzwachstum (+15 Prozent). Die baugewerblichen Umsätze des Tiefbaus nahmen im April 2023 gegenüber dem Vormonat leicht zu (+0,9 Prozent). Der gewerbliche Tiefbau (+3 Prozent) und der sonstige öffentliche Tiefbau (+1,4 Prozent) trugen zu dem Anstieg bei. Leicht rückläufig waren die Umsätze dagegen im Straßenbau (–0,8 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen die Umsätze in jeweiligen Preisen im Tiefbau um 9,7 Prozent; im Hochbau nahmen sie um 1,3 Prozent ab.

Anstieg der Erwerbstätigkeit schwächt sich im ersten Quartal ab

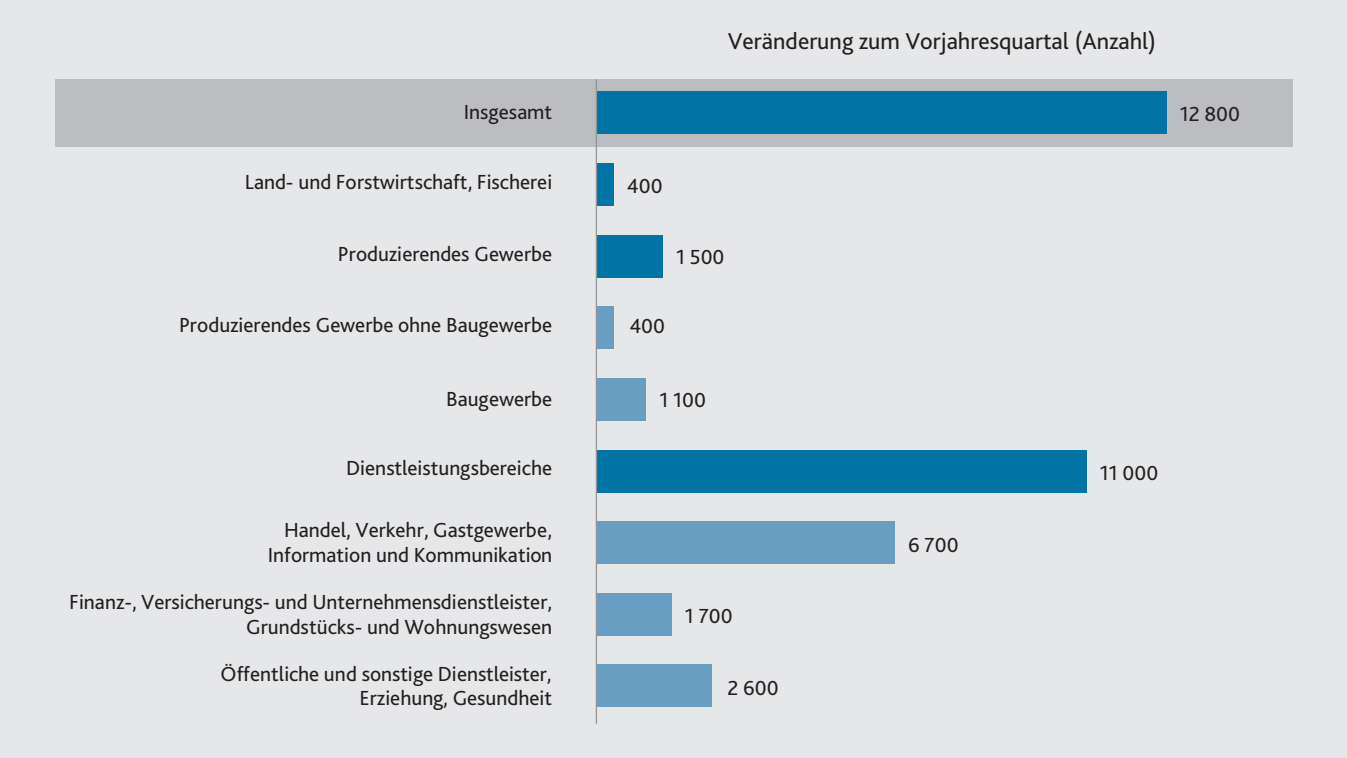
Der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt setzte sich im ersten Quartal 2023 fort. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Länder stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz gegenüber dem ersten Quartal 2022 um 12 800 bzw. 0,6 Prozent (Bundesdurchschnitt: +1 Prozent). Das Wachstum war damit deutlich geringer als 2022 (erstes und zweites Quartal jeweils +1,5 Prozent, drittes und viertes Quartal +0,9 Prozent).

Insgesamt hatten im ersten Quartal 2023 durchschnittlich 2,04 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz.

Eine bessere Entwicklung verhinderte eine weiterhin rückläufige Zahl an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig sowie der marginal Beschäftigten erhöhte sich dagegen im Vorjahresvergleich weiter.

Den größten Beitrag zum Anstieg der Erwerbstätigkeit lieferten die Dienstleistungsbereiche. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm hier im ersten Quartal 2023 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 11 000 Personen bzw. 0,7 Prozent zu (Deutschland:

Erwerbstätige am Arbeitsort im 1. Quartal 2023 nach Wirtschaftsbereichen



+1,1 Prozent). In allen drei Teilbereichen des Dienstleistungssektors erhöhte sich die Beschäftigung, allerdings jeweils geringer als im Bundesdurchschnitt. Den stärksten Zuwachs verzeichnete der Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation" mit +6 700 Personen (+1,4 Prozent; Deutschland: +1,6 Prozent). Im größten Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit" waren 2 600 Personen mehr tätig. Das war allerdings mit +0,4 Prozent der prozentual geringste Anstieg im Dienstleistungssektor (Deutschland: +0,7 Prozent). Im kleinsten Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen" stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 1700 bzw. 0,6 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

Das Produzierende Gewerbe verzeichnet ebenfalls eine weiter steigende Beschäftigtenzahl. Von Januar bis März 2023 arbeiteten in diesem Bereich 1 500 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Das entspricht einem Plus von 0,3 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent). Dies ist vor allem auf das Baugewerbe zurückzuführen. Hier betrug das Plus 1 100 Personen bzw. 0,9 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent). Dagegen stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen im größten Teilbereich, dem Verarbeitenden Gewerbe (Deutschland: +0,3 Prozent).

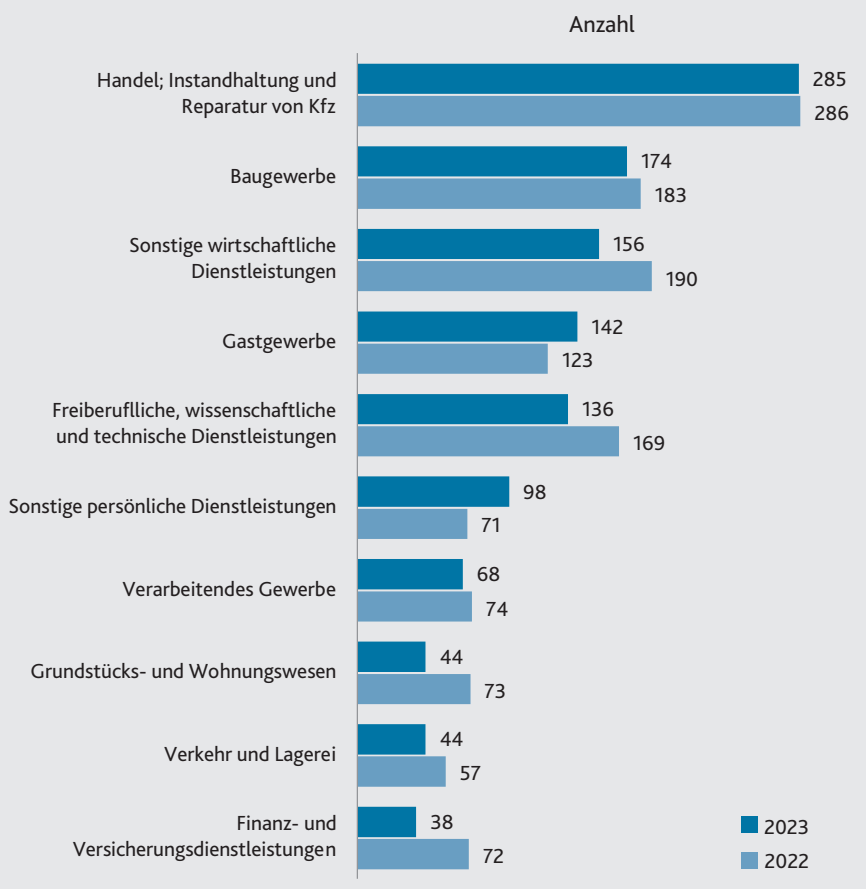
Auch in der Landwirtschaft stieg die Beschäftigung im ersten Quartal. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 400 Personen bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +0,8 Prozent).

Mehr Gewerbeanmeldungen, aber auch mehr -abmeldungen im ersten Quartal

Im ersten Quartal 2023 wurden in Rheinland-Pfalz rund 10 660 Gewerbe angemeldet. Das waren knapp zwölf Prozent mehr als im ersten Quartal des Vorjahres. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Gewerbeabmeldungen auf rund 9 650, das waren etwa 21 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der sogenannten Betriebsgründungen war in den ersten drei Monaten 2023 stark rückläufig; insgesamt zähl-

Betriebsgründungen[1] im 1. Quartal 2022 und 2023 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

ten 1333 Gewerbeanmeldungen zu den Betriebsgründungen (–13 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2022). Zu den Betriebsgründungen gehören alle Neugründungen von Betrieben mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 21 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen". Den zweithöchsten Anteil stellte mit 13 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe", gefolgt von den „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" mit zwölf Prozent.

Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten den höchsten Wert mit 6,2 in der kreisfreien Stadt Zweibrücken; es folgten Kaiserslautern mit 5,7 und Ludwigshafen mit 5,6. Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten verzeichnete Koblenz mit drei. Unter den Landkreisen wies der Rhein-Lahn-Kreis mit 5,1 den höchsten Wert auf, der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 1,7 den niedrigsten.

Neben den Betriebsgründungen gab es im ersten Quartal 2023 insgesamt 7 428 sogenannte sonstige Neugründungen. Das waren 19 Prozent mehr als in den ersten drei Monaten des Jahres 2022. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Von den sonstigen Neugründungen erfolgten 4 486 im Nebenerwerb; das waren rund 1,3 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der gegründeten Kleinunternehmen stieg jedoch deutlich um 73 Prozent auf 2 942.

Neben den Neugründungen – Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen – gab es im ersten Quartal noch 1 895 weitere Gewerbeanmeldungen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

Die Zahl der Betriebsaufgaben – das Pendant zu den Betriebsgründungen – sank um 0,6 Prozent auf rund 1 191. Mit 6 611 lagen die sonstigen Stilllegungen um 32 Prozent über dem Wert des ersten Quartals 2022.

Deutlich mehr Unternehmensinsolvenzen im ersten Quartal

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz ist im ersten Quartal 2023 deutlich gestiegen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres stellten 162 Unternehmen einen Insolvenzantrag – 16,5 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (139).

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag mit 773 um 2,8 Prozent über dem Niveau des ersten Quartals 2022.

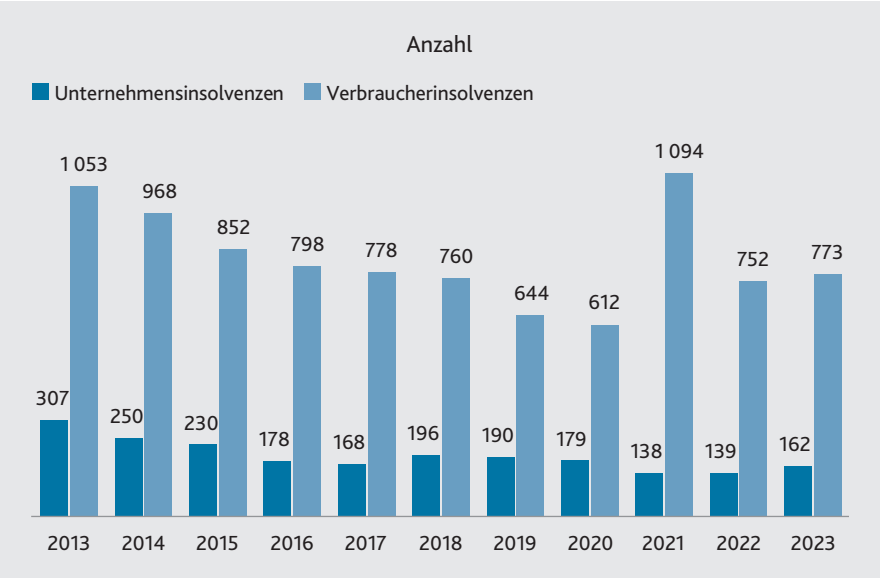
Durch die beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten in den ersten drei Monaten dieses Jahres 612 Arbeitsplätze in Gefahr; das waren – trotz gestiegener Zahl der Unternehmensinsolvenzen – nur etwa halb so viele wie im ersten Quartal des Vorjahres. Das Gesamtvolumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lag mit 334 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als doppelt so hoch. Damit hatte jedes Unternehmen zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags durchschnittlich knapp 2,1 Millionen Euro Schulden.

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (41 Anträge); die Zahl hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. Es folgten die Wirtschaftsabschnitte „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen" mit 23 sowie „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" mit 20 Fällen.

Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, lag in den kreisfreien Städten (1,4) höher als in den Landkreisen (1,0). Den mit 3,4 höchsten Wert verzeichnete die kreisfreie Stadt Ludwigshafen, den mit 0,3 niedrigsten der Landkreis Mainz-Bingen.

Im ersten Quartal 2023 führten 773 Verbraucherinsolvenzen zu voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger in Höhe von rund 36 Millionen Euro; das waren 5,2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Quartal 2013–2023



Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete in den ersten drei Monaten die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 14; die wenigsten wies der Landkreis Mainz-Bingen mit 0,7 auf. Der Niveauunterschied zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen ist bei den Verbraucherinsolvenzen stärker ausgeprägt als bei den Unternehmensinsolvenzen. In den kreisfreien Städten lag der Durchschnitt bei 2,9, in den Landkreisen bei 1,5.

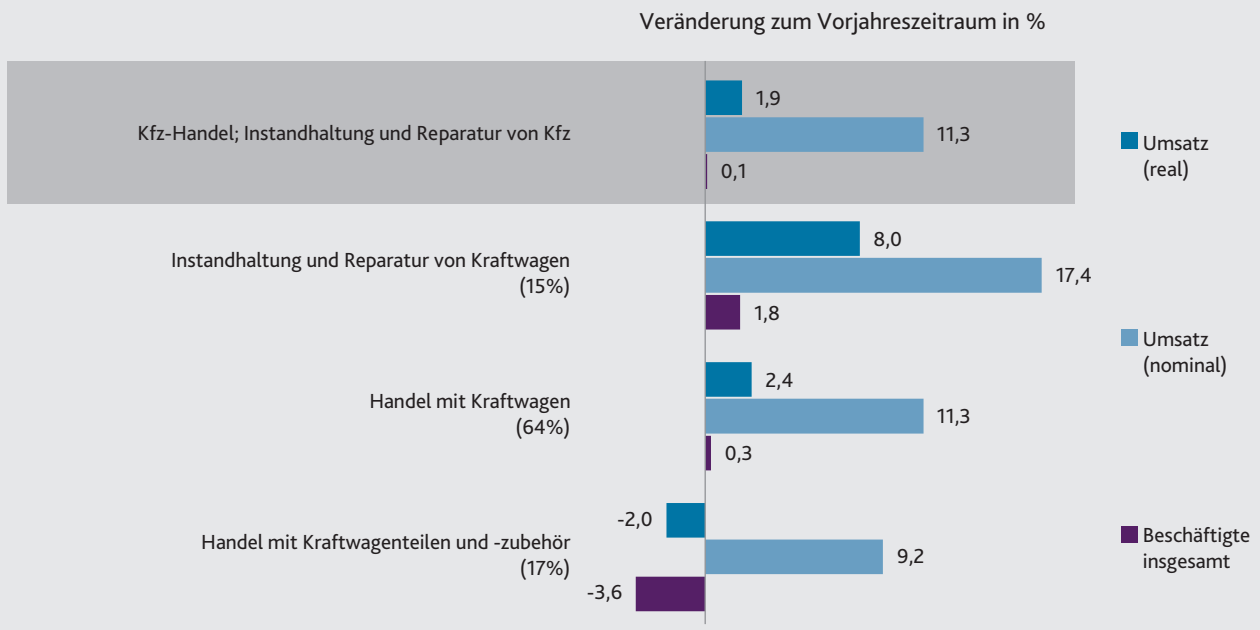
Umsatz im Kfz-Handel legt im ersten Quartal real leicht zu

Der rheinland-pfälzische Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) verzeichnete im ersten Quartal 2023 höhere Umsätze als von Januar bis März 2022. Nach vorläufigen Berechnungen stiegen die nominalen Umsätze um elf Prozent. Der reale – inflationsbereinigte – Zuwachs betrug 1,9 Prozent. Deutschlandweit legte der nominale Umsatz um 16 Prozent zu, der reale um sechs Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich in den ersten drei Monaten 2023 um 0,1 Prozent (Deutschland: +0,3 Prozent).

Der Handel mit Kraftwagen erzielte real 2,4 Prozent mehr Umsatz. Aufgrund kräftiger Preiszuwächse stieg der nominale Umsatz um elf Prozent. Acht Prozent mehr reale Umsätze gab es in der Sparte Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen (nominal: +17 Prozent). Der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör lag dagegen real zwei Prozent unter den Umsatzergebnissen des Vorjahresquartals (nominal: +9,2 Prozent).

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels[1] von Januar bis März 2023



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

Deutlich mehr Gäste und Übernachtungen als im Vorjahr, aber weniger als vor Corona

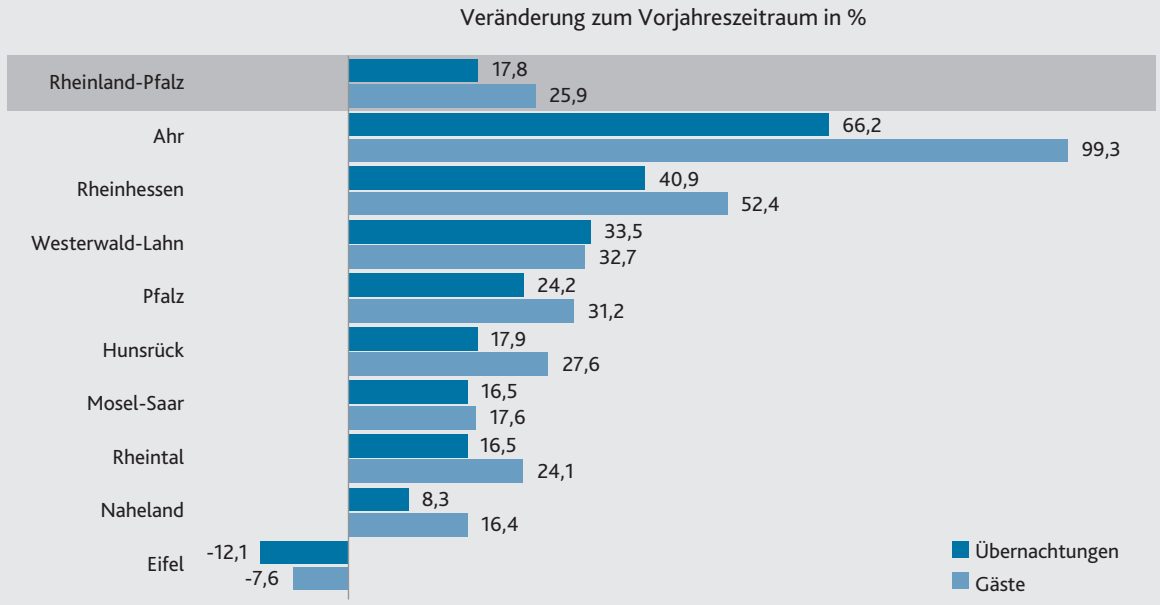
Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe meldeten von Januar bis April 2023 deutlich mehr Gäste und Übernachtungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In den ersten vier Monaten kamen knapp zwei Millionen Gäste nach Rheinland-Pfalz (+26 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen stieg um 18 Prozent auf fünf Millionen.

Bei den Veränderungsraten muss berücksichtigt werden, dass zu Beginn des Jahres noch Coronamaßnahmen in Kraft waren. Trotz des Anstiegs wurde das Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019 noch nicht wieder erreicht. Die Gästezahlen lagen 7,1 Prozent unter denen der ersten vier Monate 2019, die Übernachtungszahlen um 4,5 Prozent.

Deutliche Anstiege gab es in den gemessen am Übernachtungsaufkommen beliebtesten Regionen Pfalz (Gäste: +31 Prozent; Übernachtungen: +24 Prozent) und Mosel-Saar (Gäste: +18 Prozent; Übernachtungen: +17 Prozent). In der Region Rheinhessen stieg die Zahl der Gäste um 52 Prozent und die der Übernachtungen um 41 Prozent. Deutlich niedrigere Zuwachsraten verbuchte das Naheland (Gäste: +16 Prozent; Übernachtungen: +8,3 Prozent). Die Rückgänge in der Eifel (Gäste: –7,6 Prozent; Übernachtungen: –12 Prozent) sind unter anderem auf die vorübergehende Schließung einzelner Betriebe zurückzuführen. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau im Vorjahr aufgrund der Flutkatastrophe im Juli 2021 registrierte das Ahrtal die höchsten Zuwächse (Gäste: +99 Prozent; Übernachtungen: +66 Prozent). Im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 lag hier die Zahl der Gäste um 52 Prozent und die der Übernachtungen um 54 Prozent niedriger.

In neun der zehn Betriebsarten stieg die Zahl der Übernachtungen. Die höchsten Zuwächse gab es bei den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen sowie den Jugendherbergen und Hütten (+48 bzw. +45 Prozent). Die Hotels als beliebteste Unterkunftsart verbuchten 24 Prozent mehr Übernachtungen. Die geringsten Anstiege registrierten die Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie die Campingplätze (+7,1 bzw. +9,1 Prozent).

Übernachtungen und Gäste von Januar bis April 2023[1] nach Tourismusregionen



1 Vorläufiges Ergebnis.

Die Rückgänge bei den Ferienzentren (–23 Prozent) sind unter anderem auf Reduzierungen des Angebots einzelner Anlagen zur Energieeinsparung zurückzuführen.

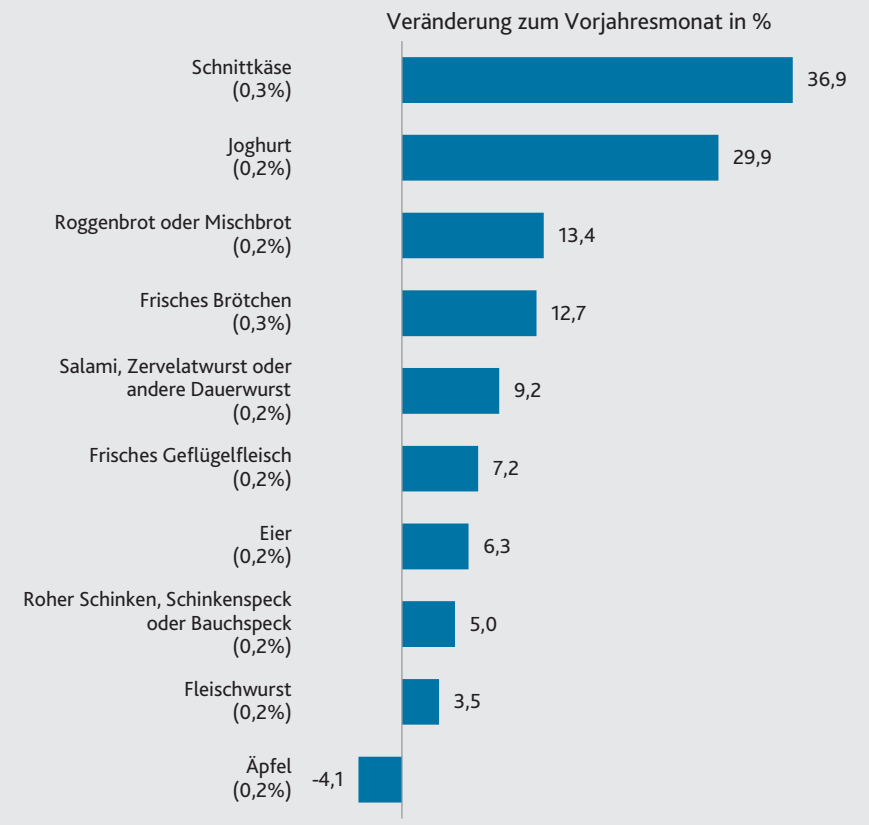
Rund 1,6 Millionen Gäste kamen aus dem Inland (+24 Prozent). Diese buchten rund 4,1 Millionen Übernachtungen (+16 Prozent). Aus dem Ausland besuchten 318 000 Gäste Rheinland-Pfalz (+36 Prozent). Deren Zahl der Übernachtungen lag bei 875 000 (+30 Prozent).

Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln: Schnittkäse und Joghurt teurer – Butter wieder günstiger

Die Verteuerung von Nahrungsmitteln trug in den vergangenen Monaten erheblich zum Anstieg des Verbraucherpreisindex bei. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel lagen in Rheinland-Pfalz im Mai 2023 um 15 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Verbraucherpreisindex insgesamt erhöhte sich gegenüber Mai 2022 um 6,1 Prozent; etwa ein Viertel dieses Anstiegs ist auf die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln zurückzuführen.

Welchen Einfluss die Entwicklung des Preises eines einzelnen Nahrungsmittels auf die Gesamtentwicklung der Nahrungsmittelpreise hat, hängt sowohl von der Höhe der Preisveränderung als auch von der Verbrauchsbedeutung des Nahrungsmittels ab. Unter den zehn Nahrungsmitteln mit der höchsten Verbrauchsbedeutung verzeichneten Schnittkäse (+37 Prozent) sowie Joghurt (+30 Prozent) im Mai die stärksten Preissteigerungen im Vergleich zum Vorjahresmonat. Auch die Preise für Roggenbrot oder Mischbrot sowie frische Brötchen (jeweils +13 Prozent) stiegen mit zweistelliger Rate. Es folgten „Salami, Zervelatwurst oder andere Dauerwurst“ (+9,2 Prozent), frisches Geflügelfleisch (+7,2 Prozent) und Eier (+6,3 Prozent). Vergleichsweise moderat fielen die Preiserhöhungen bei „Rohem Schinken, Schinkenspeck oder Bauchspeck“ (+5 Prozent) sowie Fleischwurst (+3,5 Prozent) aus. Von den zehn Nahrungsmitteln mit der größten Verbrauchsbedeutung waren nur Äpfel günstiger als im Mai 2022 (–4,1 Prozent). Diese zehn Nahrungsmittel haben zusammen einen Anteil von 2,3 Prozent am so genannten Wägungsschema; Nahrungsmittel fließen mit insgesamt 10,5 Prozent

Verbraucherpreise der zehn Nahrungsmittel mit der höchsten Verbrauchsbedeutung im Mai 2023



( ) Anteil am Wägungsschema

ein. Das Wägungsschema gibt die Verbrauchsbedeutung wieder, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt.

Bei einigen Nahrungsmitteln gab es spürbare Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat. Besonders stark sanken die Preise für Butter (–26 Prozent). Es folgten Gurken (–15 Prozent) sowie „Zucchini, andere Kürbisse oder Mais" (–10 Prozent). Für „Kasseler oder anderes Schweinefleisch" mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenfalls deutlich weniger bezahlen als im Mai 2022 (–7,5 Prozent). Auch „Sonnenblumenöl, Rapsöl oder Ähnliches", das sich im Frühjahr 2022 nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine stark verteuert hatte, wurde wieder günstiger angeboten. Die Preise waren um 5,5 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat.

Weniger Fortzubildende nehmen Aufstiegs-BAföG in Anspruch

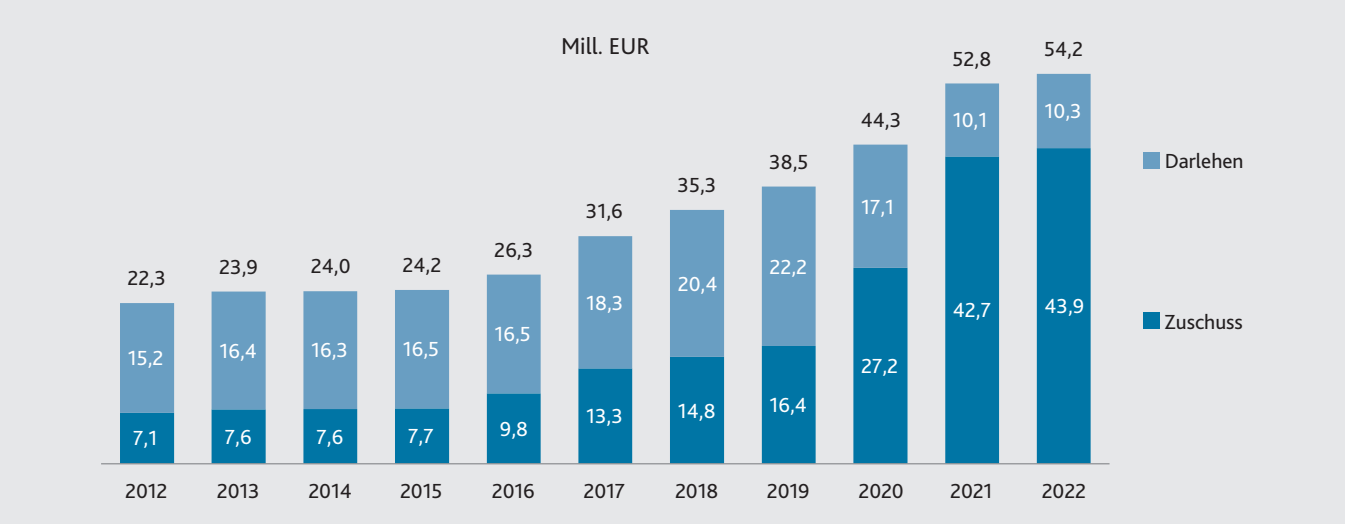
In Rheinland-Pfalz erhielten 2022 rund 9 700 Fortzubildende eine Förderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), auch Aufstiegs-BAföG genannt. Das waren etwa 130 Personen bzw. 1,3 Prozent weniger als im Vorjahr.

Gegenüber 2012 ist hingegen ein deutlicher Anstieg der Empfängerzahlen zu beobachten: Die Zahl der Geförderten erhöhte sich um 43 Prozent. Diese Entwicklung ist unter anderem auf die Erhöhung der Zuschüsse, Freibeträge, Darlehenserlässe und Unterhaltsförderungen im Rahmen des 3. und 4. Gesetzes zur Änderung des AFBG zurückzuführen.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr rund 54 Millionen Euro zur Förderung von Fortbildungsaktivitäten im Rahmen des Aufstiegs-BAföG bewilligt, davon knapp 44 Millionen als Zuschüsse. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die bewilligten Fördermittel um 1,3 Millionen Euro (+2,5 Prozent), verglichen mit 2012 sogar um 32 Millionen Euro (+143 Prozent). Durchschnittlich erhielten die Geförderten 5 644 Euro.

Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung ist ein Förderangebot für Bürgerinnen und Bürger, die eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung absolvieren. Unabhängig vom Einkommen werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung sowie für das Meisterprüfungsprojekt gefördert. Die Förderung setzt sich aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem der Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

Umfang der bewilligten Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2012–2022 nach Förderungsart



Die meisten Geförderten im Jahr 2022 waren männlich (59 Prozent), mit deutscher Staatsangehörigkeit (95 Prozent), unter 25 Jahre alt (46 Prozent) und in einer Fortbildungsmaßnahme in einem Umfang von mehr als 21 Monaten (66 Prozent). Am häufigsten wurden angehende staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher gefördert (rund 2 900). Die Förderfähigkeit dieser Ausbildung ist darauf zurückzuführen, dass die landesrechtliche Zugangsregelung der Erzieherausbildung einen ersten Ausbildungsabschluss oder berufsbezogene Erfahrungen voraussetzt.

Gesundheitswirtschaft trägt 15 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei

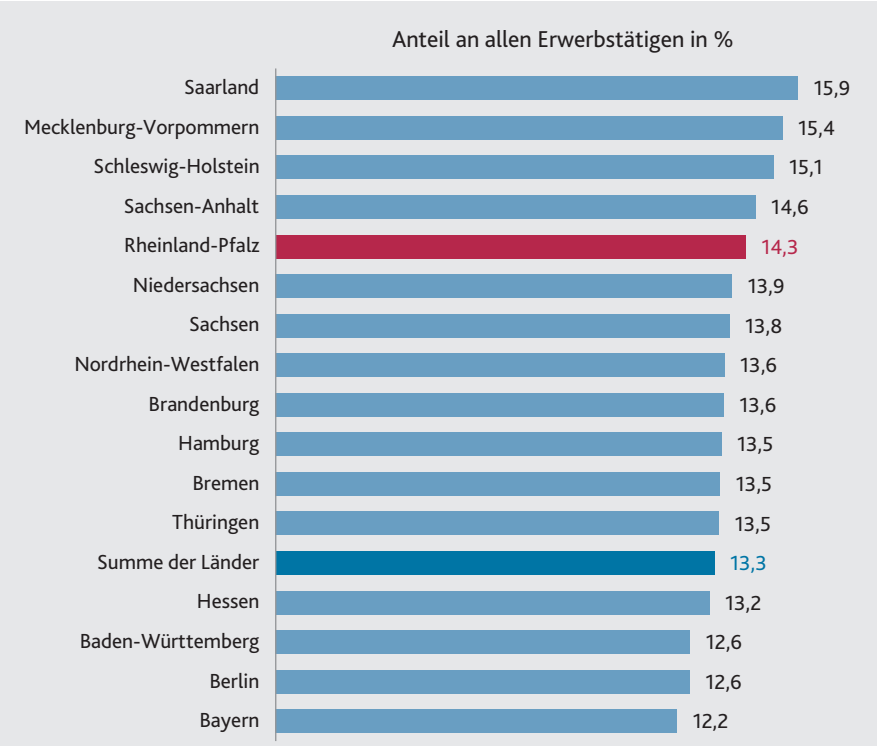
Die Gesundheitswirtschaft hat in Rheinland-Pfalz eine große Bedeutung. Die Bruttowertschöpfung dieses Bereichs trug 2022 mit rund 24 Milliarden Euro 15 Prozent zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes bei. Das ist der mit Abstand höchste Anteil aller Bundesländer; im Länderdurchschnitt belief sich der Wertschöpfungsanteil der Gesundheitswirtschaft auf zehn Prozent.

Von 2014 bis 2022 – mit weiter zurückliegenden Jahren ist das Ergebnis wegen einer Änderung der Methodik nur eingeschränkt vergleichbar – legte die Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 71 Prozent zu. Die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung erhöhte sich in diesem Zeitraum lediglich um zehn Prozent. Schon in den Jahren 2014 bis 2020 wuchs der Bereich überdurchschnittlich. Hinzu kam 2021 ein Sondereffekt in der Pharmaindustrie, die mit ihren Produkten einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Coronapandemie leistete und damit der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz ein Rekordwachstum bescherte. Dieser Sondereffekt schwächte sich 2022 etwas ab, sodass die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft preisbereinigt gegenüber 2021 um fünf Prozent sank. Im Vergleich zu den Vorjahren lag sie jedoch weiterhin auf einem außergewöhnlich hohen Niveau.

Der Boom der Gesundheitswirtschaft zeigt sich auch am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft nahm 2022 um 1,7 Prozent zu. Von 2014 bis 2022 stieg sie kräftig um 17 Prozent. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen erhöhte sich in diesem Zeitraum in Rheinland-Pfalz nur um 4,1 Prozent. Im Jahr 2022 waren 292 100 Personen in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft tätig; das entspricht einem Anteil von 14 Prozent an allen Erwerbstätigen. Im Vergleich aller Bundesländer ist das der fünfthöchste Anteil.

Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Produktivität der Gesundheitswirtschaft. Im Jahr 2022 erwirtschaftete jede erwerbstätige Person in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft im Durch-

Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2022 nach Bundesländern



Datenquelle: AG GGRdL, Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz, Berechnungsstand: Juni 2023

schnitt eine Bruttowertschöpfung von 82 147 Euro. Das bedeutete preisbereinigt einen Rückgang um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen liegt allerdings weiterhin deutlich über dem Durchschnitt aller Bundesländer (58 205 Euro)und über der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in Rheinland-Pfalz (75 935 Euro).

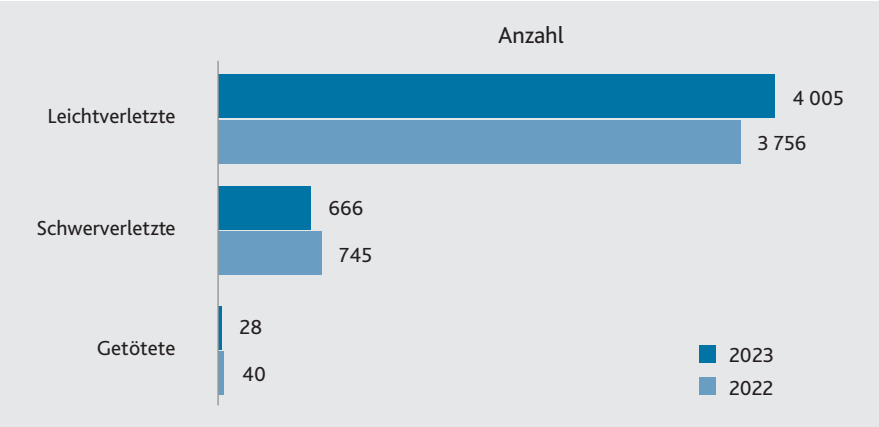
Weniger Verkehrstote als im Vorjahreszeitraum

In den ersten vier Monaten 2023 verloren in Rheinland-Pfalz 28 Personen bei Verkehrsunfällen ihr Leben – das waren zwölf weniger als im Vorjahreszeitraum. Damit sank die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer/-innen auf den niedrigsten Wert im Vergleichszeitraum der vergangenen zehn Jahre.

Von Januar bis April 2023 registrierte die Polizei 43 836 Verkehrsunfälle, davon 3 612 mit Personenschaden und 40 224 mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle insgesamt lag um 2 978 bzw. 7,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Bei den Unfällen mit Personenschaden war in den ersten vier Monaten des Jahres ein Anstieg um 68 bzw. knapp zwei Prozent festzustellen. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 666, die der Leichtverletzten bei 4 005.

Im längerfristigen Vergleich lagen die Unfallzahlen in den ersten vier Monaten 2023 etwa 3,6 Prozent über dem Mittelwert der zurückliegenden zehn Jahre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den jeweils ersten vier Monaten der Coronajahre deutlich weniger Verkehrsunfälle gezählt wurden als in den Jahren zuvor. Von Januar bis April 2023 bewegten sich die Unfallzahlen knapp unter dem Niveau des Vergleichszeitraumes der Vor-Corona-Jahre 2017 bis 2019. Die Zahl der Verunglückten, d. h. der Personen, die bei Unfällen getötet oder verletzt wurden, lag mit 4 699 um sechs Prozent unter dem zehnjährigen Mittelwert.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis April 2022 und 2023



Konjunktur in Rheinland-Pfalz im ersten Quartal 2023

Wirtschaftsleistung sinkt im ersten Quartal um 2,5 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist im ersten Quartal 2023 geschrumpft. Der Wert aller erzeugten Waren und Dienstleistungen sank gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,5 Prozent. Verglichen mit dem Vorjahresquartal nahm die Wirtschaftsleistung um 6,7 Prozent ab. Das ergaben indikatorgestützte Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems.

Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete im ersten Quartal einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Rückgang der Bruttowertschöpfung um 6,5 Prozent. Diese Entwicklung ist auf die Konsum- und Vorleistungsgüterproduzenten zurückzuführen, die nominale Umsatzeinbußen hinnehmen mussten. Die nominalen Umsätze der Investitionsgüterproduzenten stagnierten im ersten Quartal.

In den Dienstleistungsbereichen nahm die Bruttowertschöpfung im ersten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt ebenfalls ab, aber nur leicht um 0,6 Prozent. Einen Umsatzrückgang gegenüber dem Schlussquartal 2022 verzeichneten der Einzelhandel und der Kfz-Handel. Die preisbereinigten Erlöse des Gastgewerbes und des Großhandels stiegen gegenüber dem Vorquartal.

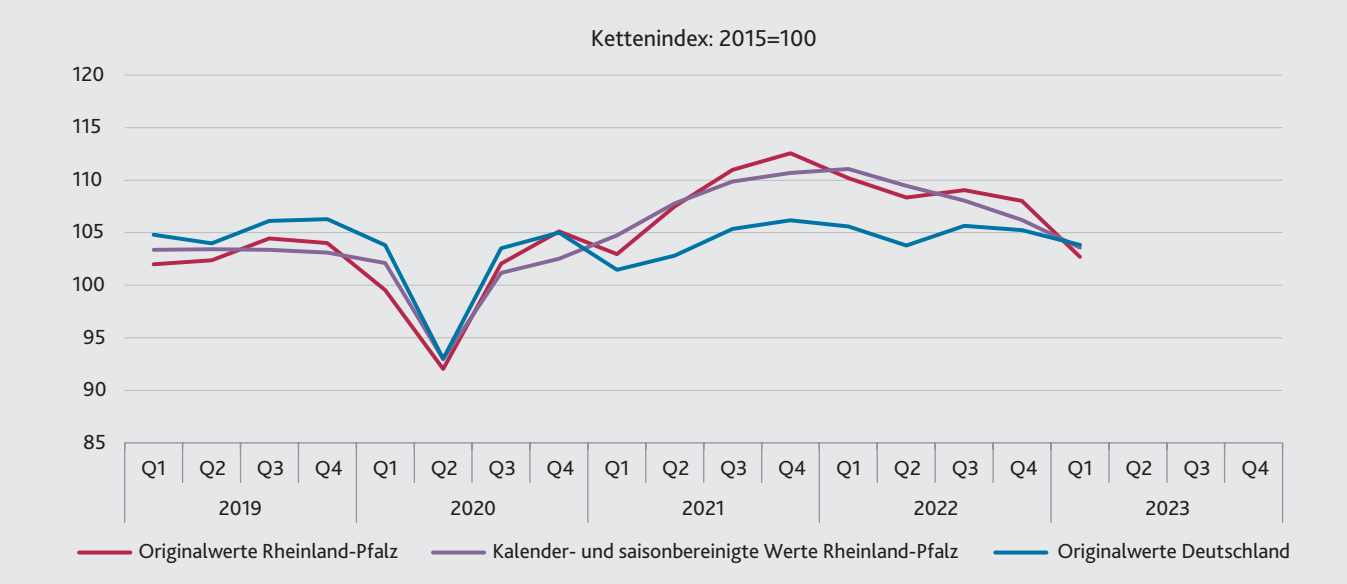
Auch die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe schrumpfte im ersten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt leicht um 0,2 Prozent. Deutlich höhere Preise für Roh- und Baustoffe sowie steigende Zinsen für Baukredite dürften weiterhin die Nachfrage nach Bauleistungen hemmen.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" berechnet. Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell". Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/de/gesamtwirtschaft-umwelt/konjunktur-aktuell kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2019–2023 nach Quartalen



Daten zur Konjunktur

Indikator	Q3 2022	Q4 2022	Q1 2023	Q3 2022	Q4 2022	Q1 2023
	Veränderung zum **Vorquartal** in %			Veränderung zum **Vorjahresquartal** in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	-1,3 ↘	-1,7 ↘	-2,5 ↓	-1,7 ↘	-4,1 ↓	-6,7 ↓
Erwerbstätige	0,0 →	0,2 ↗	0,1 ↗	1,0 ↗	0,9 ↗	0,6 ↗
Originalwerte						
Arbeitsmarkt[1,2]						
Arbeitslose	5,0 ↑	-2,8 ↓	7,0 ↑	1,1 ↗	4,1 ↑	9,2 ↑
Gemeldete Stellen	2,6 ↑	-9,7 ↓	0,4 ↗	15,5 ↑	3,3 ↑	-3,2 ↓
Verbraucherpreisindex[2]						
Insgesamt	2,7	0,5	2,4	8,3	7,9	7,4
ohne Nahrungsmittel und Energie[3]	1,8	1,2	1,6	4,5	5,2	5,8
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	-11,7 ↓	-23,5 ↓	46,2 ↑	-15,2 ↓	-35,0 ↓	-12,7 ↓
Betriebsaufgaben	3,3 ↑	0,6 ↗	31,5 ↑	0,9 ↗	-18,9 ↓	-0,6 ↘
Unternehmensinsolvenzen	-4,5 ↓	2,0 ↑	6,6 ↑	31,9 ↑	29,9 ↑	16,5 ↑
Außenhandel[4]						
Ausfuhr	-2,6 ↓	-5,0 ↓	11,0 ↑	10,7 ↑	6,4 ↑	4,9 ↑
Einfuhr	-4,8 ↓	-1,5 ↘	-0,2 ↘	17,3 ↑	5,4 ↑	1,9 ↗
Gästeübernachtungen[5]	25,3 ↑	-42,1 ↓	-32,0 ↓	16,2 ↑	13,0 ↑	25,2 ↑
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-11,3 ↓	-12,0 ↓	-12,1 ↓	-16,3 ↓	-29,6 ↓	-34,6 ↓
Inland	-15,8 ↓	-10,7 ↓	-20,7 ↓	-13,7 ↓	-28,2 ↓	-43,0 ↓
Ausland	-8,3 ↓	-12,9 ↓	-6,6 ↓	-18,0 ↓	-30,7 ↓	-29,2 ↓
Chemische Industrie	-10,3 ↓	-15,2 ↓	-18,0 ↓	-18,5 ↓	-29,8 ↓	-40,5 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-12,5 ↓	-20,7 ↓	2,7 ↑	-30,0 ↓	-57,7 ↓	-52,0 ↓
Maschinenbau	-4,8 ↓	-3,1 ↓	-7,9 ↓	-20,6 ↓	-18,6 ↓	-21,8 ↓
Bauhauptgewerbe[6]	-4,6 ↓	10,3 ↑	-1,7 ↘	2,7 ↑	10,0 ↑	4,9 ↑
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-0,5 ↘	-3,1 ↓	-2,9 ↓	-2,8 ↓	-5,7 ↓	-7,7 ↓
Chemische Industrie	-7,6 ↓	-16,4 ↓	5,6 ↑	-18,4 ↓	-30,2 ↓	-23,1 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	1,3 ↗	-3,8 ↓	2,8 ↑	33,5 ↑	11,6 ↑	21,3 ↑
Maschinenbau	2,8 ↑	0,4 ↗	0,5 ↗	3,5 ↑	3,4 ↑	4,2 ↑
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	4,2 ↑	4,9 ↑	-0,9 ↘	7,8 ↑	16,3 ↑	8,4 ↑
Ausbaugewerbe[7]	.	.	.	.	.	.
Sonstige Dienstleistungsbereiche[7]	.	.	.	.	.	.
Umsatz (preisbereinigt)[4]						
Großhandel	1,4 ↗	-0,6 ↘	0,3 ↗	4,1 ↑	2,5 ↑	1,0 ↗
Einzelhandel	-3,0 ↓	-2,3 ↓	-1,0 ↘	-1,5 ↘	-5,2 ↓	-6,3 ↓
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	2,4 ↑	1,1 ↗	-0,1 ↘	-1,5 ↘	0,6 ↗	-1,1 ↘

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Die Veränderung dieses Index wird auch als Kerninflation bezeichnet. – 4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge. – 7 Aus methodischen Gründen sind zurzeit keine Angaben möglich.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↑), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen –2 und 0% (↘), –2% und mehr (↓) oder 0 (→).

Stand der Daten: Juni 2023

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juni 2023

Der Verbraucherpreisindex lag im Juni 2023 um 6,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Inflationsrate war damit etwas höher als im Mai (+6,1 Prozent), aber deutlich geringer als in den Monaten zuvor. Die Zunahme der Teuerungsrate beruht auch auf einem statistischen „Basiseffekt“: Im Juni 2022 wurde im Rahmen des zweiten Entlastungspakets der Bundesregierung vorübergehend das „9-Euro-Ticket“ eingeführt und die Energiesteuer auf Kraftstoffe verringert („Tankrabatt“). Weil die niedrigeren Vorjahrespreise die Vergleichsbasis für die Berechnung der Inflationsrate bilden, fällt die Rate etwas höher aus als im Vormonat.

Preistreibend wirkten im Juni vor allem die Nahrungsmittelpreise. Diese verteuerten sich binnen Jahresfrist um 13 Prozent. Die Energiepreise lagen 4,7 Prozent über dem Niveau im Juni 2022. Allerdings ist die Entwicklung innerhalb dieser Gruppe sehr heterogen: Kraftstoffe waren deutlich günstiger als im Vorjahresmonat (–11 Prozent). Haushaltsenergie wurde hingegen wesentlich teurer. Die stärksten Preissteigerungen gab es bei Gas (+44 Prozent; einschließlich Betriebskosten). Heizöl (einschließlich Betriebskosten) wurde hingegen günstiger angeboten als ein Jahr zuvor (–14 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, belief sich auf +5,7 Prozent.

In allen zwölf Abteilungen waren die Preise im Juni 2023 höher als im Vorjahresmonat. Die stärkste Steigerung gab es bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+13 Prozent). Die niedrigsten Preiszuwächse verzeichnete der Bereich „Post und Telekommunikation“ (+0,3 Prozent).

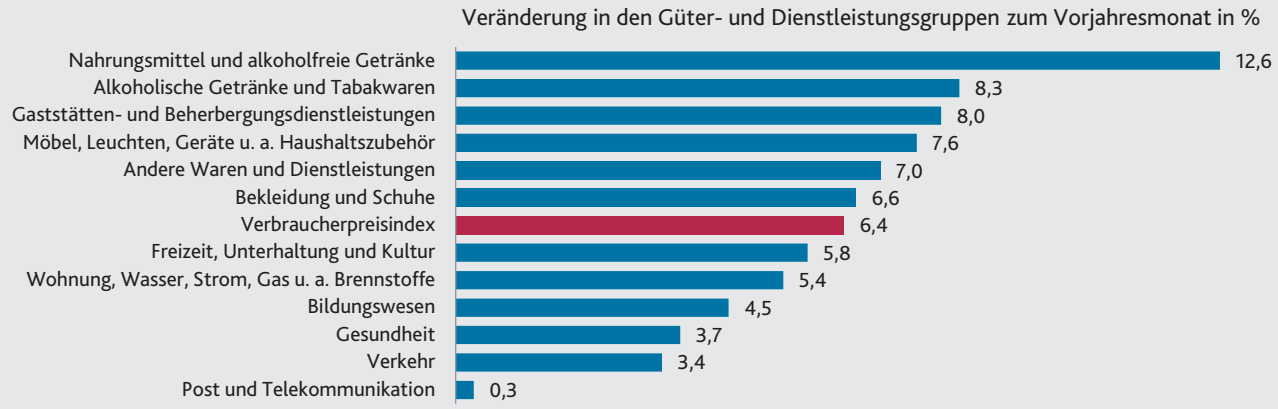
Im Vergleich zum Vormonat nahm der Verbraucherpreisindex im Juni 2023 leicht um 0,2 Prozent zu. Dazu trug insbesondere der Preisanstieg im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ bei (+1,2 Prozent). In vier Abteilungen sanken die Preise dagegen.

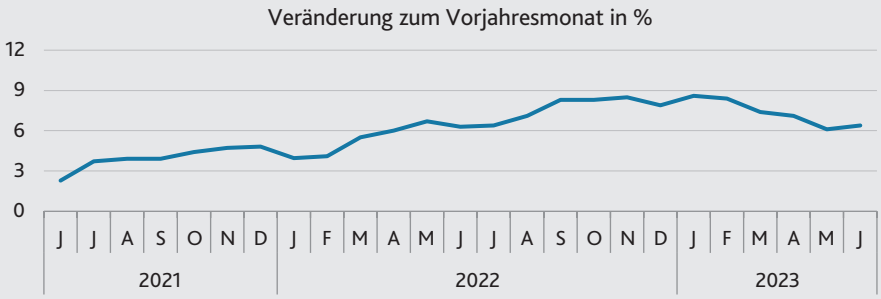
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 23 Preisermittelnde im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juni 2023





Juni 2023

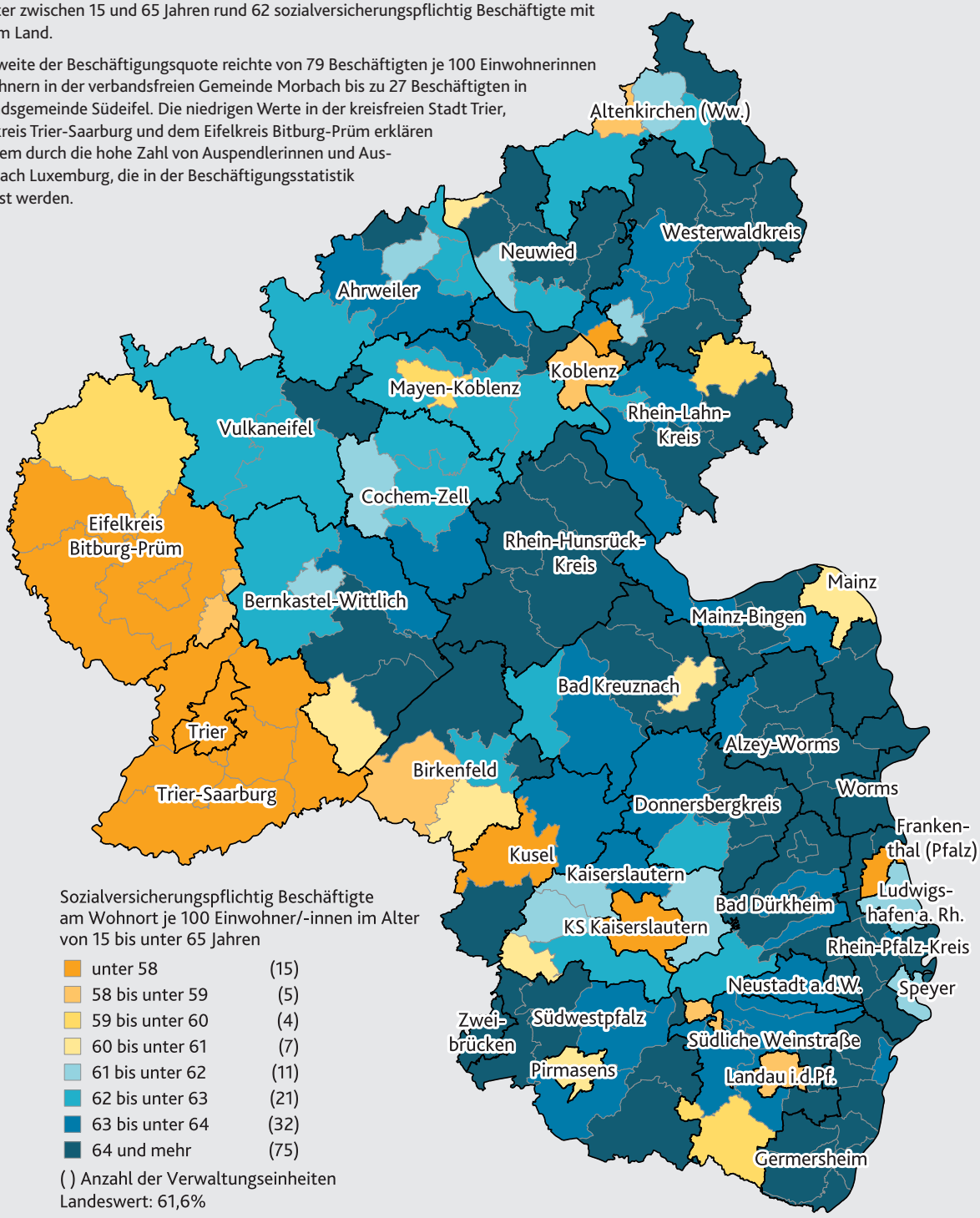
- Verbraucherpreisindex: +6,4%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
  - Joghurt: +28,1%
  - Butter: –28,1%

Beschäftigungsquote 2022

Hohe Schwankungsbreite

Mitte des Jahres 2022[1] kamen auf 100 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren rund 62 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort im Land.

Die Spannweite der Beschäftigungsquote reichte von 79 Beschäftigten je 100 Einwohnerinnen und Einwohnern in der verbandsfreien Gemeinde Morbach bis zu 27 Beschäftigten in der Verbandsgemeinde Südeifel. Die niedrigen Werte in der kreisfreien Stadt Trier, dem Landkreis Trier-Saarburg und dem Eifelkreis Bitburg-Prüm erklären sich vor allem durch die hohe Zahl von Auspendlerinnen und Auspendlern nach Luxemburg, die in der Beschäftigungsstatistik nicht erfasst werden.



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort je 100 Einwohner/-innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

unter 58	(15)
58 bis unter 59	(5)
59 bis unter 60	(4)
60 bis unter 61	(7)
61 bis unter 62	(11)
62 bis unter 63	(21)
63 bis unter 64	(32)
64 und mehr	(75)

( ) Anzahl der Verwaltungseinheiten
Landeswert: 61,6%

1 Stand 30.06.

Ein Jahr vor der Europawahl 2024

Von Thomas Kirschey

Das Europäische Parlament wird 2024 zum zehnten Mal direkt gewählt. Zwischen dem 6. und dem 9. Juni können die Bürgerinnen und Bürger der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Besetzung von voraussichtlich 705 Mandaten entscheiden. Davon werden 96 Mandate von den Wählerinnen und Wählern in Deutschland vergeben.

Eine wesentliche Änderung gegenüber den vergangenen Europawahlen ist in Deutschland die Absenkung des Mindestalters für das aktive Wahlrecht von 18 auf 16 Jahre. Nach einem Rückblick auf die Ergebnisse der Europawahl 2019 und die Wahlrechtsänderung erfolgt in diesem Beitrag ein Ausblick auf die voraussichtliche Zahl der Wahlberechtigten in Rheinland-Pfalz bei der Europawahl 2024. Zudem wird auf der Grundlage der Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik der Europawahl 2019 der mögliche Einfluss der Absenkung des Wahlalters auf die Wahlbeteiligung und auf das Abschneiden der Parteien untersucht.

Rückblick auf die Ergebnisse der Europawahl 2019

64,8 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab

Zur Europawahl 2019 waren in Rheinland-Pfalz 3 072 765 Personen wahlberechtigt. Von ihrem Wahlrecht machten 1 992 205 Personen Gebrauch. Die Wahlbeteiligung belief sich auf 64,8 Prozent und erreichte den höchsten Wert seit 1994. Rheinland-Pfalz wies im Vergleich der Bundesländer nach dem Saarland (66,4 Prozent) die zweithöchste Wahlbeteiligung auf. Im Bundesdurchschnitt lag die Beteiligung mit 61,4 Prozent deutlich niedriger. In Rheinland-Pfalz und in zahlreichen weiteren Bundesländern wurde parallel zur Europawahl auch auf kommunaler Ebene gewählt. Von den abgegebenen Stimmen waren 1 958 395 bzw. 98,3 Prozent gültig und demnach 33 810 bzw. 1,7 Prozent ungültig.

CDU war stärkste Partei

Nach dem amtlichen Endergebnis entfielen in Rheinland-Pfalz auf die CDU 31,3 Prozent, die SPD 21,3 Prozent, die GRÜNEN 16,7 Prozent, die AfD 9,8 Prozent, die FDP 5,8 Prozent und die Partei DIE LINKE 3,1 Prozent der gültigen Stimmen. Die übrigen Parteien erzielten zusammen 11,9 Prozent. Darunter kamen die FREIEN WÄHLER mit 2,9 Prozent, Die PARTEI mit 2,1 Prozent sowie die Tierschutzpartei mit 1,5 Prozent der gültigen Stimmen auf einen Stimmenanteil von mehr als einem Prozent.

Bei Wahlen des Europäischen Parlaments sind in Deutschland künftig auch 16- und 17-Jährige wahlberechtigt

Europawahlgesetz (EuWG)

Das Europawahlgesetz[1] enthält nähere Vorschriften zum Verfahren bei Europawahlen in Deutschland, insbesondere über das Wahlsystem, die Wahlorgane, das Wahlrecht und die Wählbarkeit, die Wahlhandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses.

Wahlalter von 18 auf 16 Jahre abgesenkt

Mit dem sechsten Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes[2] hat der Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE die Absenkung des Wahlalters für das aktive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre beschlossen. In § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 wird jeweils das Wort „achtzehnte" durch das Wort „sechzehnte" ersetzt (siehe Textkasten).

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Die Wahlrechtsänderung geht auf einen Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zurück. In der Begründung zur Absenkung des Wahlalters heißt es: „Das derzeitige Mindestwahlalter für das aktive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament von 18 Jahren schließt Menschen vom Wahlrecht aus, die an zahlreichen Stellen in der Gesellschaft Verantwortung übernehmen und sich in den politischen Prozess einbringen können und wollen. Angesichts dessen ist eine Absenkung des Wahlalters für das aktive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament angezeigt. Der Entwurf sieht vor, dass das Mindestwahlalter für das aktive

1 Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 11) geändert worden ist.

2 Gesetz vom 11. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 11).

T1 Wahlberechtigte, Wähler/-innen, ungültige und gültige Stimmen bei der Europawahl 2019

Merkmal	Anzahl	Anteil in %
Wahlberechtigte	3 072 765	x
Wähler/-innen	1 992 205	64,8
Ungültige Stimmen	33 810	1,7
Gültige Stimmen	1 958 395	98,3
CDU	613 470	31,3
SPD	417 183	21,3
GRÜNE	327 704	16,7
AfD	192 851	9,8
FDP	114 371	5,8
DIE LINKE	59 835	3,1
FREIE WÄHLER	56 239	2,9
Die PARTEI	40 214	2,1
Tierschutzpartei	29 415	1,5
FAMILIE	11 972	0,6
ÖDP	11 848	0,6
PIRATEN	11 627	0,6
Volt	10 842	0,6
TIERSCHUTZ hier!	5 466	0,3
PARTEI FÜR DIE TIERE	5 004	0,3
DiEM25	4 111	0,2
Tierschutzallianz	3 745	0,2
NPD	3 535	0,2
Volksabstimmung	3 346	0,2
Graue Panther	3 298	0,2
Bündnis C	3 168	0,2
Die Humanisten	2 874	0,1
Gesundheitsforschung	2 801	0,1
BIG	2 588	0,1
DIE FRAUEN	2 438	0,1
Die Grauen	2 424	0,1
LKR	2 168	0,1
BP	2 080	0,1
LIEBE	1 738	0,1
BGE	1 714	0,1
MENSCHLICHE WELT	1 640	0,1
DIE VIOLETTEN	1 317	0,1
ÖkoLinX	1 191	0,1
DIE RECHTE	940	0,0
DIE DIREKTE!	874	0,0
III. Weg	671	0,0
NL	644	0,0
DKP	479	0,0
MLPD	363	0,0
SGP	207	0,0

Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz – EuWG)

§ 6 Wahlrecht, Ausübung des Wahlrechts

(1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltage

1. das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten
   a) in der Bundesrepublik Deutschland oder
   b) in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 6a Abs. 1 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Die Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 2 sind auch bei einem dreimonatigen aufeinanderfolgenden Aufenthalt in den in Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a und b genannten Gebieten erfüllt.

(2) Wahlberechtigt sind auch die nach § 12 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Deutschen.

(3) Wahlberechtigt sind auch alle Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger), die in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und die am Wahltage

1. das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten
   a) in der Bundesrepublik Deutschland oder
   b) in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 6a Abs. 2 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Die Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 2 sind auch bei einem dreimonatigen aufeinanderfolgenden Aufenthalt in den in Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a und b genannten Gebieten erfüllt.

(4) Das Wahlrecht darf nur einmal und nur persönlich ausgeübt werden. Das gilt auch für Wahlberechtigte, die zugleich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zum Europäischen Parlament wahlberechtigt sind. Eine Ausübung des Wahlrechts durch einen Vertreter anstelle des Wahlberechtigten ist unzulässig.

(4a) Ein Wahlberechtigter, der des Lesens unkundig oder wegen einer Behinderung an der Abgabe seiner Stimme gehindert ist, kann sich hierzu der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfeleistung ist auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer vom Wahlberechtigten selbst getroffenen und geäußerten Wahlentscheidung beschränkt. Unzulässig ist eine Hilfeleistung, die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung des Wahlberechtigten ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenkonflikt der Hilfsperson besteht.

(5) Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Kreis oder in der kreisfreien Stadt, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk oder
b) durch Briefwahl teilnehmen.

Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in § 6 des Europawahlgesetzes von 18 auf 16 Jahre abgesenkt wird."[3]

Untergrenze des Wahlalters liegt derzeit in vier EU-Staaten bei 16 Jahren

Neben der neuen Regelung in Deutschland beträgt die Untergrenze für das aktive Wahlalter derzeit auch in Belgien, Österreich und Malta 16 Jahre. In Griechenland liegt sie bei 17 Jahren, in den übrigen 22 EU-Mitgliedstaaten bei 18 Jahren. Bis zur Wahl kann es allerdings noch zu Änderungen im Wahlrecht der einzelnen Staaten kommen.

Künftig zusätzlich Wahlberechtigte bei der Europawahl stammen aus drei Geburtsjahrgängen

Vereinfacht gesagt sind durch die Absenkung des Wahlalters – unter bestimmten Bedingungen – die Deutschen sowie die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die am Wahltag das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben wahlberechtigt.[4] Gegenüber der alten Rechtslage sind somit bei der Europawahl 2024 die nach dem 9. Juni Geborenen des Geburtsjahrgangs 2006, der gesamte Geburtsjahrgang 2007 sowie die bis zum 9. Juni Geborenen des Geburtsjahrgangs 2008 zusätzlich wahlberechtigt.

Bei der Europawahl 2024 gibt es voraussichtlich mehr als 3,1 Millionen Wahlberechtigte

Die Zahl der Wahlberechtigten bei der Europawahl 2024 wird sich in Rheinland-Pfalz voraussichtlich auf 3,096 Millionen Personen belaufen. Bei einer höheren Zahl von wahlberechtigten EU-Staatsangehörigen könnte sie aber auch bei 3,16 Millionen Personen liegen. Diese Zahl setzt sich aus voraussichtlich rund 3,056 Millionen deutschen Staatsangehörigen sowie etwa 40 000 bis 105 000 Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen. Durch die Entwicklung der Zahl der Einbürgerungen, ist in den kommenden Jahren außerdem mit einem Sondereffekt zu rechnen. Insbesondere aufgrund der Personen, die im Zuge der starken Zuwanderung Schutzsuchender infolge des syrischen Bürgerkrieges ins Land kamen und seit 2021 vermehrt die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen, könnte die Zahl der Wahlberechtigten bis 2024 aber auch auf etwa 3,1 bis 3,17 Millionen Personen steigen.

2024 rund 3,1 bis 3,17 Millionen Wahlberechtigte

Abschätzung der deutschen Wahlberechtigten

Die tatsächliche Zahl der Wahlberechtigten steht erst zum Wahltermin fest. Um bereits im Vorfeld eine Aussage über die Höhe der zur Europawahl 2024 Wahlberechtigten zu machen, muss zunächst die deutsche Bevölkerung, die am Wahltag das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat, berechnet werden.

Berechnung auf der Grundlage der sechsten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung

Diese Berechnung erfolgt auf der Grundlage der sechsten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2020).[5] Deren Ergebnisse liegen nach Altersjahren und Geschlecht, nicht aber nach der Nationalität bzw. der Staatsangehörigkeit der Bevölkerung vor. Zur Abschätzung der Zahl der Wahlberechtigten bei der Europawahl 2024 wird daher zunächst anhand der Entwicklung des Anteils der ausländischen Bevölkerung in den Jahren 2011 bis 2021 die Zahl der deutschen Bevölkerung im Wahlalter für die Jahre 2023 und 2024 ermittelt.

2023 und 2024 etwa 3,51 Millionen Personen 16 Jahre und älter

Nach der sechsten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung beläuft sich die Zahl der Bevölkerung im Alter von 16 und mehr Jahren 2023 und 2024 jeweils auf etwa 3,51 Millionen Personen. Bei einem

3 BT-Drucksache 20/3499.

4 Der exakte Wortlaut der Voraussetzung zur Ausübung des Wahlrechts findet sich in § 6 EuWG Absatz 1 bis 3 (siehe Textkasten).

5 Vgl. Statistisches Landesamt: Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Sechste regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2020). Bad Ems 2022.

angenommenen Anteil der ausländischen Bevölkerung von 12,7 bzw. 13,1 Prozent liegt die Zahl der deutschen Bevölkerung im Alter von 16 und mehr Jahren 2023 mit etwa 3,06 Millionen Personen um rund 11 100 Personen höher als 2024 (etwa 3,05 Millionen Personen). Eine rückläufige Entwicklung zeigte sich bei dieser Personengruppe bereits in den Jahren 2012 bis 2021.

2024 etwa 3,056 Millionen Deutsche wahlberechtigt

Da die Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung modelltheoretisch als Jahresendwerte zu verstehen sind, müssten alle Bevölkerungsvorgänge, die bis zum Wahltag bzw. nach dem Wahltag eintreten, besonders berücksichtigt werden. So müssten von den Deutschen, die 2024 am 31. Dezember 16 Jahre alt sein werden (Geburtsjahrgang 2008), diejenigen abgezogen werden, die am Wahltag noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet haben. Ebenso müssten die nach dem Wahltag über die Landesgrenze zugezogenen 16-jährigen und älteren Deutschen von der Bevölkerung am Jahresende 2024 subtrahiert werden. Im Gegensatz dazu sind die nach dem Wahltag gestorbenen oder über die Landesgrenze fortgezogenen 16-jährigen und älteren Deutschen in der Bevölkerung am Jahresende 2024 nicht enthalten, zählen aber am Wahltag noch zu den Wahlberechtigten und müssten daher hinzugerechnet werden. Diese Rechengänge lassen sich vereinfachen, indem eine Gleichverteilung des für 2024 vorausberechneten Bevölkerungsrückgangs um 11 100 Personen im Kalenderjahr unterstellt wird. Bis zum 9. Juni – dem 161. Tag der 366 Tage im Schaltjahr 2024 – würde es demnach zu 44 Prozent des unterjährigen Bevölkerungsrückgangs kommen, in den verbleibenden 205 Tagen nach dem Wahltag käme es zu 56 Prozent des Bevölkerungsrückgangs. Damit beläuft sich die Zahl der deutschen Staatsangehörigen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben, rechnerisch auf etwa 3,056 Millionen Personen (bei Nichtberücksichtigung der Personen, die nach § 6a Absatz 1 EuWG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind).

Abschätzung der Zahl der EU-Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten

Anders als bei Bundestags- und Landtagswahlen sind – unter den in § 6 Absatz 3 EuWG genannten Voraussetzungen – bei der Europawahl auch Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wahlberechtigt. Die Abschätzung der Zahl der Menschen in dieser Bevölkerungsgruppe erfolgt auf der Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung, da dies dem Rechenmodell der Bevölkerungsvorausberechnung entspricht. Die Ermittlung der Wahlberechtigten zur Europawahl geschieht analog zum Vorgehen bei der deutschen Bevölkerung.

2024 zwischen 40 000 und 105 000 Angehörigen anderer EU-Mitgliedstaaten wahlberechtigt

Wenn sich die Zahl der Angehörigen anderer EU-Mitgliedstaaten im Alter von 16 und mehr Jahren von 2021 bis 2024 so entwickelt, wie im Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2021, dann liegt ihre Zahl 2023 bzw. 2024 – auf der Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung – bei 206 800 bzw. 212 400 Personen. Damit würden am 9. Juni 2024 etwa 209 200 Personen das 16. Lebensjahr vollendet haben. Wenn davon, wie bei der Europawahl 2019, weniger als 20 Prozent der Personen mit einer Staatsangehörigkeit der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Deutschland wahlberechtigt sind, beläuft sich ihre Zahl auf rund 40 000 Personen; wäre die Hälfte aller Personen mit sonstiger EU-Staatsangehörigkeit wahlberechtigt, beliefe sich ihre Zahl auf etwa 105 000 Personen. Der genaue Anteil ist allerdings nur schwer zu schätzen, da in Deutschland lebende Unionsbürgerinnen und -bürger sich entscheiden können, ob sie an ihrem Wohnsitz in Deutschland oder in ihrer Heimat wählen möchten.

Rückblick auf die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl 2019[6]

152 Stimmbezirke in der Stichprobe

Bei der Europawahl 2019 wurden in Rheinland-Pfalz 152 der insgesamt 5 400 Stimmbezirke für die Repräsentative Wahlstatistik ausgewählt. Gut 90 100 Wählerinnen und Wähler gaben in den Stichprobenbezirken ihre Stimme ab; das waren 4,5 Prozent aller Wählerinnen und Wähler in Rheinland-Pfalz.

Auswertung der Wahlbeteiligung anhand von zehn Altersgruppen

Zusätzlich zur Analyse der Stimmabgabe wurde die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger untersucht. Dazu wurden in den Urnenwahlstimmbezirken in der Stichprobe die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn Altersgruppen ausgewertet. In die Auswertung der Wählerverzeichnisse waren rund 89 200 Wahlberechtigte einbezogen.

6 Vgl. Statistisches Landesamt: Europawahl 2019 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik. Bad Ems 2019.

Auswertung der Stimmabgabe anhand von sechs Altersgruppen

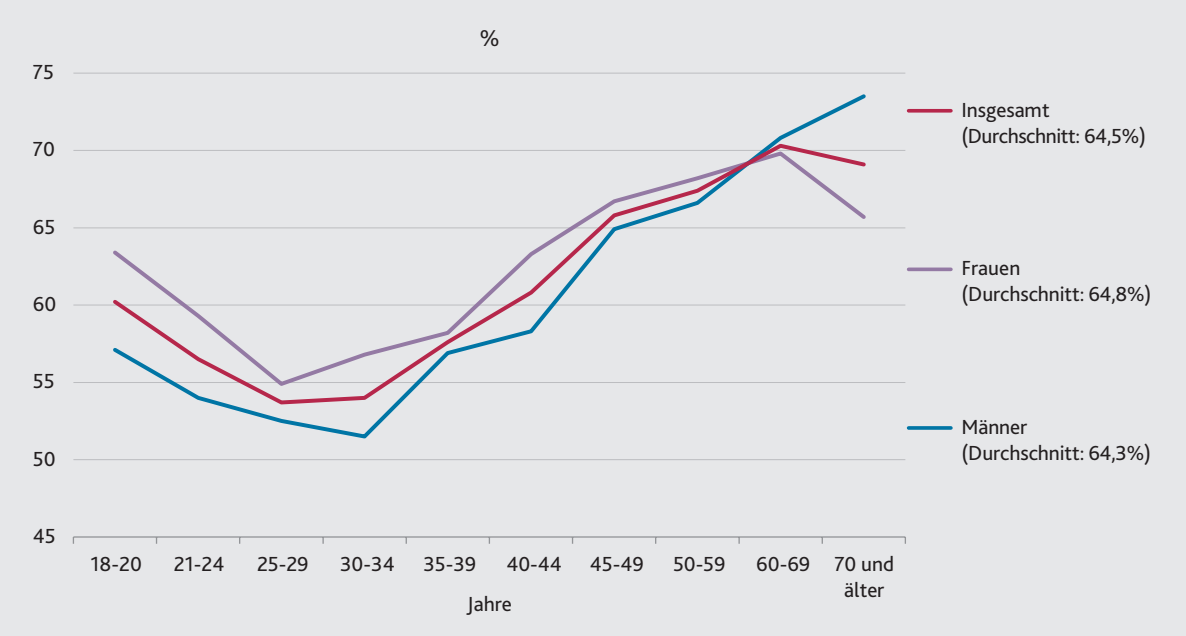
Seit der Wahl 2014 werden zur Auswertung der Stimmabgabe sechs Altersgruppen gebildet. Im Einzelnen sind dies die 18- bis 24-Jährigen, die 25- bis 34-Jährigen, die 35- bis 44-Jährigen, die 45- bis 59-Jährigen, die 60- bis 69-Jährigen sowie die 70-Jährigen und Älteren. Dabei werden bei den vier Altersgruppen der unter 60-Jährigen jeweils zwei Altersgruppen aus den Wählerverzeichnissen zusammengefasst.

Bei den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik ist zu beachten, dass es geringe Abweichungen vom amtlichen Endergebnis gibt. Die Kommentierung des Einflusses von Geschlecht und Alter auf die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe erfolgt anhand der Ergebnisse der Stichprobe.

Frauen machen häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch als Männer

Bei der Europawahl 2019 machten 64,8 Prozent der Frauen und 64,3 Prozent der Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Bei der Untersuchung der Wahlbeteiligung nach dem Alter ergibt sich wie bei vorangegan-

G1 Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 nach Geschlecht und Altersgruppen



genen Wahlen ein typischer Verlauf. Das geringste Wahlinteresse zeigten die 25- bis 29-jährigen Frauen und Männer (53,7 Prozent). Mit zunehmendem Alter steigt die Wahlbeteiligung dann stetig an und ist ab der Altersgruppe der 45- bis 49-Jährigen überdurchschnittlich. In der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen erreicht die Wahlbeteiligung das Maximum von 70,3 Prozent und nimmt bei den höher Betagten wieder leicht ab. Auffällig ist, dass unter den Jüngeren insbesondere die Erstwählerinnen und -wähler im Alter von 18 bis 20 Jahren mit 60,2 Prozent die höchste Wahlbeteiligung aufweisen. Dabei liegt das Wahlinteresse der jungen Frauen deutlich höher als das der jungen Männer (63,4 bzw. 57,1 Prozent).

GRÜNE, CDU und SPD erzielen bei Frauen höheren Stimmenanteil als bei Männern

Höhere Stimmenanteile von den Frauen als von den Männern erhielten GRÜNE (Differenz von 4,5 Prozentpunkten), CDU und SPD (jeweils 1,6 Prozentpunkte) sowie alle übrigen Parteien zusammen (0,2 Prozentpunkte). Dagegen schnitt bei den Männern insbesondere die AfD (Differenz von 6,3 Prozentpunkten), aber auch die FDP (1,4 Prozentpunkte) und DIE LINKE (0,3 Prozentpunkte) besser ab als bei den Frauen.

Bei der Betrachtung nach dem Alter der Wählerinnen und Wähler zeigen sich ebenfalls teils deutliche Unterschiede.

CDU schneidet bei den Älteren am besten ab

Die CDU wurde besonders häufig von den älteren Menschen gewählt. Von den gültigen Stimmen, die von 70-Jährigen und Älteren abgegeben wurden, konnten die Christdemokraten 48,8 Prozent erringen. Die geringste Zustimmung fand die Union bei den jungen Wählerinnen und Wählern im Alter von 18 bis 24 Jahren mit nur 15 Prozent.

Die SPD erzielte ihren höchsten Stimmenanteil von 28,6 Prozent ebenfalls bei den Wählerinnen und Wählern im Alter von 70 Jahren und mehr. Das schlechteste Ergebnis gab es für die Sozialdemokraten mit 12,8 Prozent bei den 18- bis 24-Jährigen.

SPD wird vor allem von Älteren gewählt

GRÜNE bei den Jüngeren mit dem besten Ergebnis aller Parteien

Die GRÜNEN erzielten ihre besten Ergebnisse bei den 18- bis 24-Jährigen (33,7 Prozent) sowie bei den 25- bis 34-Jährigen (22,9 Prozent). In diesen beiden Altersgruppen lagen die Stimmenanteile der GRÜNEN sogar höher als bei allen anderen Parteien. Bei den 70-Jährigen und Älteren kamen die GRÜNEN dagegen nur auf 6,3 Prozent der gültigen Stimmen.

AfD schneidet bei den 35- bis 44-Jährigen am besten ab

Die AfD holte ihren höchsten Stimmenanteil von 12,4 Prozent bei den Wählerinnen und Wählern im Alter von 35 bis 44 Jahren. Das schlechteste Ergebnis bekam die AfD mit 4,7 Prozent von den unter 25-jährigen Wählerinnen und Wählern.

FDP mit höchsten Stimmenanteil bei den 18- bis 24-Jährigen

Die FDP bekam die höchsten Stimmenanteile mit 7,9 bzw. 7,6 Prozent von den 18- bis 24- sowie den 25- bis 34-Jährigen. Am schlechtesten fiel das Anteilsergebnis der Liberalen mit 4,5 Prozent bei den 70-jährigen und älteren Wählerinnen und Wählern aus.

Höchste Zustimmung für DIE LINKE bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wählern

Die Untersuchung nach dem Alter der Wählerschaft zeigt für DIE LINKE mit 5,6 Prozent den höchsten Stimmenanteil bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wählern. Bei den 70-Jährigen und Älteren kam sie lediglich auf 1,1 Prozent der Stimmen.

Ein Fünftel der Wählerinnen und Wähler unter 35 Jahren wählt eine der übrigen Parteien

Für die übrigen Parteien sinkt die Zustimmung mit zunehmendem Alter der Wählerschaft. Wählerinnen und Wähler im Alter von 25 bis 34 bzw. von 18 bis 24 Jahren weisen einen Anteil von 20,6 bzw. 20,3 Prozent der gültigen Stimmen für die übrigen Parteien auf; bei den 70-Jährigen und Älteren sind es lediglich 4,1 Prozent.

T2 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei der Europawahl 2019 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahl-beteiligung	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	AfD	DIE LINKE	Übrige Parteien
		Anteil an den gültigen Stimmen						
	%							
Insgesamt								
18-24	57,8	15,0	12,8	33,7	4,7	7,9	5,6	20,3
25-34	53,8	21,6	13,9	22,9	8,7	7,6	4,7	20,6
35-44	59,1	28,0	15,2	18,7	12,4	6,3	3,1	16,3
45-59	67,0	28,9	19,6	19,8	11,3	5,7	3,0	11,8
60-69	70,3	33,3	25,7	14,3	10,5	5,3	3,0	7,8
70 und älter	69,1	48,8	28,6	6,3	6,6	4,5	1,1	4,1
Insgesamt	64,5	32,4	21,3	16,9	9,4	5,8	3,0	11,3
Frauen								
18-24	60,8	14,9	14,0	40,0	3,1	4,9	5,8	17,2
25-34	55,8	22,2	15,1	26,7	6,4	6,1	4,7	18,7
35-44	60,7	28,6	17,0	21,0	8,2	5,5	3,0	16,7
45-59	67,8	28,3	20,1	22,7	7,7	5,6	2,8	12,9
60-69	69,8	35,2	26,7	14,8	7,0	5,2	2,6	8,5
70 und älter	65,7	50,3	28,5	6,7	4,9	4,1	0,9	4,6
Insgesamt	64,8	33,2	22,0	19,0	6,4	5,1	2,8	11,4
Männer								
18-24	55,1	15,0	11,4	25,6	6,8	11,7	5,3	24,3
25-34	52,0	21,0	12,6	18,7	11,2	9,3	4,7	22,6
35-44	57,6	27,4	13,2	16,2	16,9	7,1	3,3	15,9
45-59	66,2	29,5	19,0	16,6	15,4	5,8	3,2	10,5
60-69	70,8	31,3	24,7	13,8	14,3	5,4	3,5	7,0
70 und älter	73,5	46,9	28,7	5,8	8,7	4,9	1,4	3,6
Insgesamt	64,3	31,6	20,4	14,5	12,7	6,5	3,1	11,2

Absenkung des Wahlalters hätte 2019 leicht veränderte Stimmenanteile ergeben

Modellrechnung anhand der Ergebnisse der Europawahl 2019

Um eine Aussage über den möglichen Einfluss der Absenkung des Wahlalters auf das Abschneiden der Parteien treffen zu können, erfolgt anhand der Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik der Europawahl 2019 eine Modellrechnung.

Es wird angenommen, dass die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten der 16- und 17-Jährigen dem der jeweils jüngsten Altersgruppe entspricht:

- für die Wahlbeteiligung dem der 18- bis 20-Jährigen und
- für die Stimmabgabe dem der 18- bis 24-Jährigen.

Diesen Annahmen liegt der enge Zusammenhang zwischen dem Alter und der Wahlbeteiligung bzw. dem Alter und den Parteipräferenzen zugrunde. Wie auch zwei Jahre später bei der Landtagswahl und bei der Bundestagswahl, die im März bzw. September 2021 stattfanden, fällt bei der Europawahl 2019 die sehr hohe Zustimmung für die GRÜNEN bei den jungen Wählerinnen und für die FDP bei den jungen Wählern auf. Wegen des modellhaften Charakters der Berechnung wird an dieser Stelle auf eine Differenzierung nach dem Geschlecht der Wählerschaft verzichtet. Das ist für das mögliche Gesamtergebnis der Parteien allerdings auch nicht relevant.

Außerdem wird angenommen, dass die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe der übrigen Altersgruppen gegenüber dem Ergebnis der Repräsentativen Wahlstatistik unverändert bleiben.

Stimmenanteile der Parteien bei den 18- bis 24-Jährigen

Die Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Alter von 18 bis 20 Jahren lag 2019 bei 60,2 Prozent. Bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wählern entfielen nach dem Ergebnis der Repräsentativen Wahlstatistik in Rheinland-Pfalz auf die GRÜNEN 33,7 Prozent, die CDU 15 Prozent, die SPD 12,8 Prozent, die FDP 7,9 Prozent, die Partei DIE LINKE 5,6 Prozent und die AfD 4,7 Prozent der gültigen Stimmen. Die übrigen Parteien erzielten zusammen 20,3 Prozent. Darunter kamen Die PARTEI (6,8 Prozent), die Tierschutzpartei (2,9 Prozent), die FREIEN WÄHLER (2,4 Prozent), die Piraten und Volt (jeweils 1,4 Prozent) sowie die ÖDP (1 Prozent) auf einen Anteil der gültigen Stimmen von einem Prozent und mehr.

Wenn die 16- und 17-Jährigen bereits bei der Europawahl 2019 wahlberechtigt gewesen wären, hätte sich die Zahl der Wahlberechtigten um etwa 2,7 Prozent erhöht. Davon entfallen 1,9 Prozentpunkte auf die Geburtsjahrgänge 2003 und 2002 und zählen zur neuen Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen. Vom Jahrgang 2003 hatten bis zum Wahltag am 26. Mai – bei unterstellter Gleichverteilung der Geburtstage im Kalenderjahr – etwa 40 Prozent das sechzehnte Lebensjahr vollendet, der Jahrgang 2002 wäre komplett wahlberechtigt gewesen. Außerdem wären die restlichen 60 Prozent des Jahrgangs 2001 wahlberechtigt gewesen, die erst nach dem 26. Mai das 18. Lebensjahr vollendeten. Dadurch erhöht sich der Anteil der 18- bis 20-Jährigen um 0,8 Prozentpunkte.

Zusätzlich Wahlberechtigte stammen aus den Geburtsjahrgängen 2001 bis 2003

Veränderung der Altersstruktur der Wahlberechtigten zugunsten der unter 25-Jährigen

Zunächst muss die Altersstruktur der neuen Grundgesamtheit berechnet werden. Auf die Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen entfallen danach 1,8 Prozent aller Wahlberechtigten, die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen erhöht sich um 0,6 Prozentpunkte von 8,5 auf 9,1 Prozent. Für alle übrigen Altersgruppen sinkt der Anteil in einem Bereich zwischen 0,3 und 0,7 Prozentpunkten.

Absenkung des Wahlalters hätte 2019 zu einer geringfügig niedrigeren Wahlbeteiligung geführt

Anhand der Wahlbeteiligung der einzelnen Altersgruppen und den jeweiligen Anteilen an allen Wahlberechtigten lässt sich die neue Wahlbeteiligung ermitteln. Da die angenommene Wahlbeteiligung der 16- bis 17-Jährigen von 60,2 Prozent unter dem Durchschnitt von 64,5 Prozent liegt, errechnet sich für 2019 eine geringfügig niedrigere Wahlbeteiligung von 64,4 Prozent (–0,1 Prozentpunkte).

Veränderung der Altersstruktur führt zu sinkendem Anteil der über 25-Jährigen an allen gültigen Stimmen

Unter Zugrundelegung der Wahlbeteiligung und unter Abzug der ungültigen Stimmen lassen sich im nächsten Schritt die neuen Anteile der jeweiligen Altersgruppen an allen gültigen Stimmen berechnen. Auf die Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen entfallen danach 1,7 Prozent, die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen

T3 Modellrechnung zur Absenkung des Wahlalters bei der Europawahl 2019 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahl-beteiligung	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an allen		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	AfD	DIE LINKE	Übrige Parteien
		Wahl-berechtigten	gültigen Stimmen	Anteil an den gültigen Stimmen						
	%									
Repräsentative Wahlstatistik der Europawahl 2019										
16-17[1]	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
18-24	57,8	8,5	7,9	15,0	12,8	33,7	4,7	7,9	5,6	20,3
25-34	53,8	12,9	10,9	21,6	13,9	22,9	8,7	7,6	4,7	20,6
35-44	59,1	12,5	10,6	28,0	15,2	18,7	12,4	6,3	3,1	16,3
45-59	67,0	27,7	27,9	28,9	19,6	19,8	11,3	5,7	3,0	11,8
60-69	70,3	17,2	19,2	33,3	25,7	14,3	10,5	5,3	3,0	7,8
70 und älter	69,1	21,1	23,6	48,8	28,6	6,3	6,6	4,5	1,1	4,1
Insgesamt	64,5	100	100	32,4	21,3	16,9	9,4	5,8	3,0	11,3
Modellrechnung[2]										
16-17	60,2	1,8	1,7	15,0	12,8	33,7	4,7	7,9	5,6	20,3
18-24	57,8	9,1	8,4	15,0	12,8	33,7	4,7	7,9	5,6	20,3
25-34	53,8	12,6	10,6	21,6	13,9	22,9	8,7	7,6	4,7	20,6
35-44	59,1	12,2	10,4	28,0	15,2	18,7	12,4	6,3	3,1	16,3
45-59	67,0	27,0	27,2	28,9	19,6	19,8	11,3	5,7	3,0	11,8
60-69	70,3	16,8	18,8	33,3	25,7	14,3	10,5	5,3	3,0	7,8
70 und älter	69,1	20,6	23,0	48,8	28,6	6,3	6,6	4,5	1,1	4,1
Insgesamt	64,4	100	100	32,0	21,1	17,3	9,3	5,8	3,0	11,5
Differenz[3]	-0,1	-	-	-0,4	-0,2	0,4	-0,1	-	-	0,2

1 2019 nicht wahlberechtigt. – 2 Modellannahmen: Wahlbeteiligung der 16- bis 17-Jährigen wie die Altersgruppe 18-20 Jahre; Stimmenanteile der 16- bis 17-Jährigen wie die Altersgruppe 18-24 Jahre. – 3 Ergebnis Modellrechnung minus Repräsentative Wahlstatistik der Europawahl 2019.

erhöht sich um 0,5 Prozentpunkte von 7,9 auf 8,4 Prozent. Für alle übrigen Altersgruppen sinkt der Anteil in einem Bereich zwischen 0,2 und 0,7 Prozentpunkten.

Berechnung der fiktiven Stimmenanteile der Parteien

Anhand der Stimmenanteile der einzelnen Altersgruppen und den jeweiligen Anteilen an allen gültigen Stimmen lassen sich zuletzt die neuen fiktiven Stimmenanteile der Parteien infolge der Absenkung des Wahlalters berechnen.

Absenkung des Wahlalters hätte 2019 für GRÜNE, Die Partei und Tierschutzpartei leichte Zugewinne gebracht

Der Stimmenanteil der GRÜNEN hätte sich unter den gewählten Modellannahmen um 0,4 Prozentpunkte erhöht. Bei DIE LINKE und der FDP wäre es zu einer geringfügen Verbesserung der Stimmenanteile von 0,06 bzw. 0,05 Prozentpunkten gekommen. Da Wahlergebnisse aber nur mit einer Dezimalstelle ausgewiesen werden, errechnen sich rundungsbedingt keine Veränderungen. Unter den übrigen Parteien (+0,2 Prozentpunkte) hätte sich der Stimmenanteil für Die Partei

und die Tierschutzpartei um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte erhöht. Zum einen profitieren diese Parteien davon, dass sie ihre höchsten Stimmenanteile in den jüngeren Altersgruppen erzielen. Zum anderen schlägt bei ihnen der Rückgang der Anteile der über 25-jährigen Wählerinnen und Wähler nicht so zu Buche, da dort ihre Stimmenanteile ohnehin niedriger sind.

Absenkung des Wahlalters hätte 2019 bei CDU, SPD und AfD zu niedrigeren Stimmenanteilen geführt

Dagegen würde die Modellrechnung zu niedrigeren Stimmenanteilen insbesondere bei der CDU (–0,4 Prozentpunkte), aber auch bei der SPD und der AfD (–0,2 bzw. –0,1 Prozentpunkte) führen. CDU und SPD erzielen ihre höchsten Stimmenanteile bei den 60-jährigen und älteren Wählerinnen und Wählern, die AfD bei den 35- bis 69-Jährigen. Zudem erzielen alle drei Parteien ihre schlechtesten Ergebnisse bei den 18- bis 24-Jährigen, deren Stimmenanteile auch bei der neuen Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen modelltheoretisch angenommen wurden.

Fazit

Wahlalter bei Europawahl auf 16 Jahre abgesenkt – bei den Kommunalwahlen bleibt es bei 18 Jahren

In Deutschland wurde das Mindestalter für das aktive Wahlrecht bei Europawahlen abgesenkt. Bei der kommenden Wahl am 9. Juni 2024 dürfen damit erstmals die 16- und 17-Jährigen ihre Stimme für das Europäische Parlament abgeben. Bei den am selben Tag in Rheinland-Pfalz stattfinden Kommunalwahlen bleibt es allerdings dabei, dass das Wahlrecht erst ab dem vollendeten 18. Lebensjahr ausgeübt werden kann.

Mögliche Auswirkungen der Wahlrechtsänderung ...

Aufgrund der Wahlrechtsänderung werden in Rheinland-Pfalz voraussichtlich mehr als 3,1 Millionen Deutsche sowie Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wahlberechtigt sein. Der Einfluss der Absenkung auf die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe lässt sich nicht prognostizieren, dennoch sind einige qualitative Aussagen möglich.

... auf die Wahlbeteiligung

Bei der Europawahl 2019 stieg mit zunehmendem Alter die Wahlbeteiligung stetig an und war ab der Altersgruppe der 45- bis 49-Jährigen überdurchschnittlich. Wenn 2024 die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen – wie bei den anderen unter 45-Jährigen – ebenfalls unterdurchschnittlich ist, dann liegt die Wahlbeteiligung insgesamt geringfügig niedriger als es bei der alten Rechtslage gewesen wäre.

... auf die Stimmabgabe

Bei der letzten Europawahl hatten insbesondere die GRÜNEN, aber auch die FDP und DIE LINKE starken Rückhalt bei den Erstwählerinnen und -wählern. Diese Parteien könnten demnach – ebenso wie einige kleinere Parteien – eventuell leichte Zugewinne gegenüber der alten Rechtslage erzielen. Dagegen könnte es bei der CDU, der SPD und der AfD, die ihre höchsten Stimmenanteile bei älteren Wählerinnen und Wählern erzielen, eher zu geringfügig niedrigeren Ergebnissen kommen.

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen Staat, Soziales“ tätig.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022

Höhere Umsätze und mehr Beschäftigte in der Industrie

Von Moritz Hohlstein

Steigende Energiepreise und seit dem Ausbruch der Coronapandemie anhaltende Störungen der internationalen Lieferketten stellten die Industrie 2022 vor Herausforderungen. Dennoch behielt die rheinland-pfälzische Industrie den Wachstumskurs des Vorjahres bei. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stieg und auch die Umsätze der Industriebetriebe mit 50 und mehr tätigen Personen legten deutlich zu. Nach Rückgängen in den beiden Vorjahren wurden 2022 wieder mehr Arbeitsplätze in der Industrie geschaffen. Die Beschäftigtenzahlen sowie die Entgelte in den einzelnen Branchen entwickelten sich jedoch sehr unterschiedlich. In der Statistischen Analyse N°62 „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022“ wird die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres detailliert dargestellt. Im diesem Beitrag werden die Ergebnisse des Themenbereichs „Industrie“ vorgestellt.

Industrieumsätze steigen

Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe steigt

Der massive Anstieg der Energiepreise nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine stellte 2022 für das Verarbeitende Gewerbe eine besondere Herausforderung dar. Zudem bremsten die anhaltenden Störungen internationaler Lieferketten das Wachstum des Wirtschaftsbereiches. Dennoch nahm die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 2022 preisbereinigt um 0,7 Prozent zu.

Für eine differenzierte Analyse müssen die Umsätze aus der Konjunkturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden herangezogen werden, die allerdings nicht preisbereinigt vorliegen. Die Umsätze entsprechen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen etwa dem Produktionswert, aus dem sich durch Abzug der Vorleistungen, die bei der Produktion verbraucht werden, die Wertschöpfung ergibt.

Umsatzwachstum aufgrund von Preiserhöhungen

Die Industriebetriebe mit 50 und mehr tätigen Personen erzielten 2022 insgesamt 115,8 Milliarden Euro Umsatz. Dies bedeutet eine starke Steigerung um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr und einen neuen Höchstwert. Die Erlöse fielen um 15 Prozent höher aus als im bisherigen Rekordjahr 2018. Das nominale Umsatzwachstum 2022 dürfte allerdings in erster Linie auf Preiserhöhungen zurückzuführen sein, welche zumindest teilweise die gestiegenen Energie- und Materialkosten der Unternehmen widerspiegeln.

Einen Anhaltspunkt hierfür bietet der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte, der jedoch nur auf Bundesebene vorliegt. Demnach lagen die Erzeugerpreise in Deutschland 2022 um fast ein Drittel über dem Niveau des Vorjahres. Im August und September waren sie sogar 46 Prozent höher als im jeweiligen Vorjahresmonat, was dem stärksten Anstieg der Erzeugerpreise seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1949 entspricht.

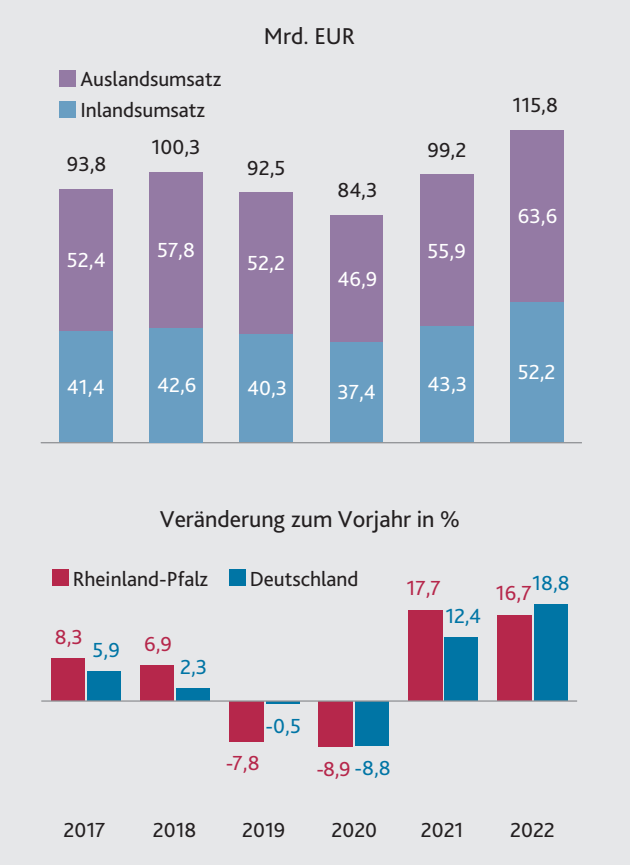
Umsätze steigen in allen vier Quartalen

Die Preissteigerungen trugen dazu bei, dass die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie 2022 in allen vier Quartalen höher waren als im jeweiligen Vorjahreszeitraum. Im ersten Quartal erwirtschafteten die Betriebe 27 Prozent mehr Umsatz als in den ersten drei Monaten 2021. Auch im zweiten und dritten Quartal nahmen die Erlöse deutlich zu (+19 bzw. +14 Prozent). Im vierten Quartal lagen die Umsätze um 7,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Konjunkturerhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Für eine differenziertere Betrachtung der Industrie muss auf die Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden zurückgegriffen werden. Diese Statistik umfasst Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen. In Rheinland-Pfalz gibt es rund 1 000 Industriebetriebe dieser Größenklasse. In diesen Betrieben sind rund 70 Prozent aller Erwerbstätigen des Bereichs Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden beschäftigt. Der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden spielen in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe gesamtwirtschaftlich nur eine geringe Rolle.

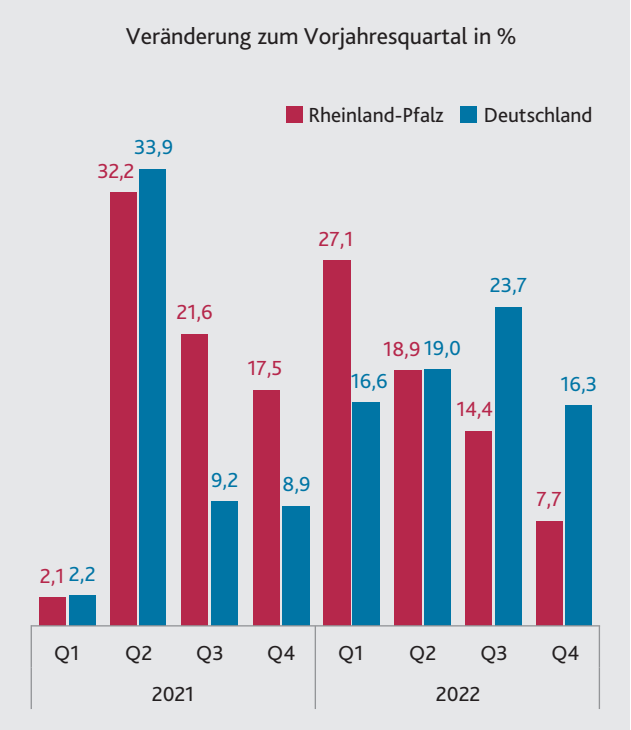
G1 Umsatz in der Industrie 2017–2022



Abbau hoher Auftragsbestände

Dass die Industrieunternehmen in Rheinland-Pfalz trotz der schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen in allen vier Quartalen höhere Erlöse erwirtschaften konnten, dürfte auch auf hohe Auftragsbestände zurückzuführen sein. Während der Coronapandemie erhöhte sich die Reichweite der vorhandenen Aufträge zum Teil deutlich. Die Reichweite gibt an, wie viele Monate der Betrieb bei gleichbleibendem Umsatz ohne neue Auftragseingänge und ohne Stornierungen theoretisch produzieren könnte oder müsste, um die vorhandene Nachfrage abzuarbeiten. Im Verarbeitenden Gewerbe waren im März 2020 – dem Beginn der Pandemie – genug Aufträge vorhanden,

G2 Umsatz in der Industrie 2021 und 2022 nach Quartalen



um die Produktion 3,2 Monate lang aufrecht zu erhalten. Da die gedrosselte Produktion die Nachfrage nicht decken konnte, erhöhte sich die Reichweite bis Februar 2022 auf 5,8 Monate. Ein Teil des entstandenen Auftragspolsters wurde im Verlauf des Jahres 2022 wieder abgebaut. Bis Dezember sank die Reichweite auf 4,1 Monate.

Weltindustrieproduktion nimmt zu

Die Industrie ist in Rheinland-Pfalz stark auf den Export ausgerichtet. Seit 2010 wurde jedes Jahr mehr als die Hälfte der Gesamterlöse im Ausland erzielt. Durch ihre Exportorientierung ist die rheinland-pfälzische Industrie in besonderem Maße von der globalen Industriekonjunktur abhängig. Gestiegene Energiepreise und gestörte Lieferketten wirkten sich nicht nur auf die Industrie in Rheinland-Pfalz, sondern auf die gesamte Weltwirtschaft aus. Die Weltindustrieproduktion stieg 2022 zwar um drei Prozent, in der Eurozone, dem wichtigsten Absatzmarkt für rheinland-pfälzische Industrieprodukte, legte der Güterausstoß jedoch nur um 0,8 Prozent zu. Im Vereinigten Königreich, das Anfang 2020 die Europäische Union verließ, sank die Industrieproduktion um 3,6 Prozent. In den beiden größten Volkswirtschaften der Welt stieg die Ausbringung dagegen: Die Vereinigten Staaten verzeichneten ein Wachstum von 3,8 Prozent und in China betrug das Plus 3,6 Prozent.

Exportorientierung geht leicht zurück

Die Auslandsumsätze der rheinland-pfälzischen Industrie erhöhten sich 2022 um 14 Prozent auf 63,6 Milliarden Euro (Deutschland: +19 Prozent). Noch stärker wuchsen die Erlöse aus dem Inlandsgeschäft. Die Industriebetriebe erwirtschafteten im Inland Umsätze in Höhe von 52,2 Milliarden Euro. Das waren 21 Prozent mehr als 2021 (Deutschland: +18 Prozent). Da die Inlandsumsätze kräftiger stiegen als die Erlöse im Auslandsgeschäft, verringerte sich die Exportquote um 1,5 Prozentpunkte auf 55 Prozent. Niedriger war die Quote letztmals im Jahr 2013. Im Vergleich zu den anderen Flächenländern weist Rheinland-Pfalz hinter Baden-Württemberg und Bayern dennoch die dritthöchste Exportquote auf. Zugleich liegt die Quote über dem Bundesdurchschnitt (51 Prozent).

Umsätze in der Vorleistungsgüterindustrie auf Rekordniveau

Vorleistungsgüter tragen 57 Prozent zum Gesamtumsatz bei

Die rheinland-pfälzische Industrie produziert vor allem Vorleistungsgüter. Vorleistungsgüter und Energie trugen 2022 mit 66,4 Milliarden Euro 57 Prozent zum Gesamtumsatz der Industrie bei (Deutschland: 41 Prozent). Die Erlöse der Vorleistungsgüterhersteller fielen 22 Prozent höher aus als 2021 und erreichten damit ein neues Rekordniveau (Deutschland: +23 Prozent).

Umsätze der Chemieindustrie steigen um 20 Prozent

In Rheinland-Pfalz prägt die Chemiebranche die Umsatzentwicklung in der Vorleistungsgüterindustrie. Sie erwirtschaftet mit 32 Prozent knapp ein Drittel der gesamten Industrieumsätze und ist die mit Abstand größte Industriebranche. Die Erlöse der Hersteller Chemischer Erzeugnisse legten 2022 um 20 Prozent zu. Für diesen Anstieg dürften allerdings wie auch in anderen Branchen vor allem Preiserhöhungen verantwortlich sein. Auch weitere große Branchen der Vorleistungsgüterindustrie konnten 2022 höhere Erlöse verbuchen, so z. B. die Papier- und Pappeindustrie sowie die Gummi- und Kunststoffindustrie (+21 bzw. +11 Prozent). Am stärksten nahmen die Umsätze im Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung zu (+79 Prozent), was allerdings unter anderem auf einen Anstieg der Zahl der Betriebe in diesem Wirtschaftszweig zurückzuführen ist.

Nur geringes Umsatzplus bei Investitionsgüterherstellern

Investitionsgüter machen ein Viertel des Gesamtumsatzes aus

Investitionsgüter sind in Rheinland-Pfalz die Hauptgruppe mit dem zweitgrößten Anteil an den Industrieumsätzen. Sie machen ein Viertel des Gesamtumsatzes aus (Deutschland: 43 Prozent). Zu den Investitionsgüterproduzenten gehören unter anderem die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie der Maschinenbau, die mit Umsatzanteilen von elf bzw. zehn Prozent unter den Industriebranchen an zweiter und dritter Stelle stehen. Die Umsätze der Investitionsgüterhersteller nahmen 2022 zwar um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, der Anstieg fiel jedoch deutlich geringer aus als in den beiden anderen Güterhauptgruppen. Ein Grund dafür ist die weiterhin gebremste Entwicklung der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie. Die rheinland-pfälzischen Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erwirtschafteten 2022 rund 2,7 Prozent geringere Erlöse als 2021. Beim Auslandsgeschäft musste die Branche deutliche Einbußen hinnehmen (–10 Prozent; Inland: +15 Prozent). Günstiger entwickelte sich der Maschinenbau, dessen Erlöse 2022 um zwölf Prozent zulegten.

Konsumgüterindustrie: Pharmabranche weiter auf Wachstumskurs

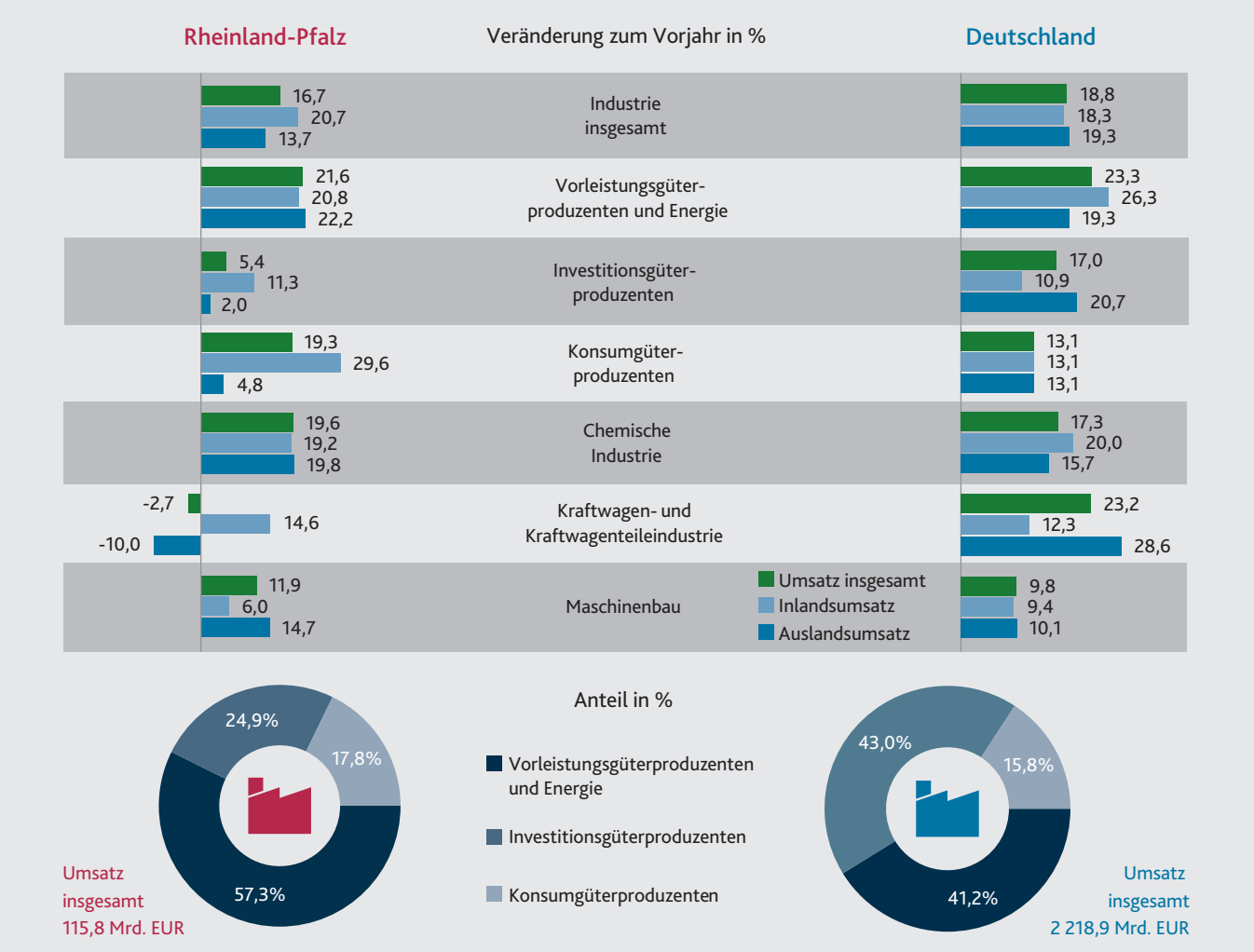
Umsätze der Konsumgüterindustrie nehmen um 19 Prozent zu

Die Konsumgüterhersteller erwirtschafteten 2022 Erlöse in Höhe von 20,6 Milliarden Euro, was einem Anteil von 18 Prozent an den rheinland-pfälzischen Industrieumsätzen entspricht (Deutschland: 16 Prozent). Die Erlöse der Konsumgüterproduzenten lagen in Rheinland-Pfalz 2022 um 19 Prozent über dem Vorjahresniveau und stiegen somit etwas schwächer als die Umsätze der Vorleistungsgüterindustrie, aber deutlich stärker als die Erlöse der Investitionsgüterhersteller.

Florierendes Inlandsgeschäft der Pharmaindustrie

Dass die Umsätze mit Konsumgütern in Rheinland-Pfalz stärker stiegen als in Deutschland, ist auf die Entwicklung in der Pharmazeutischen Industrie zurückzuführen. Die Pharmabranche hatte 2022 einen Anteil von 7,2 Prozent an den gesamten Industrieumsätzen und steht damit unter allen Industriezweigen an vierter Stelle. Gegenüber dem Vorjahr erzielte die Pharmaindustrie eine kräftige Erlössteigerung. Die Umsätze nahmen um 29 Prozent zu, was auf ein florierendes Inlandsgeschäft zurückzuführen ist (+85 Prozent; Ausland: –2,7 Prozent). Bereits im Vorjahr war es in der Pharmaindustrie zu einem außerordentlichen Umsatzwachstum gekommen, das durch die starke Nachfrage nach Impfstoffen verursacht worden sein dürfte. Die Umsätze in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, der siebtgrößten Industriebranche, stiegen ebenfalls. Gegenüber dem Vorjahr betrug das Plus 18 Prozent.

G3 Umsatz in der Industrie in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2022 nach Güterhauptgruppen und ausgewählten Branchen



Beschäftigtenzahl nimmt zu

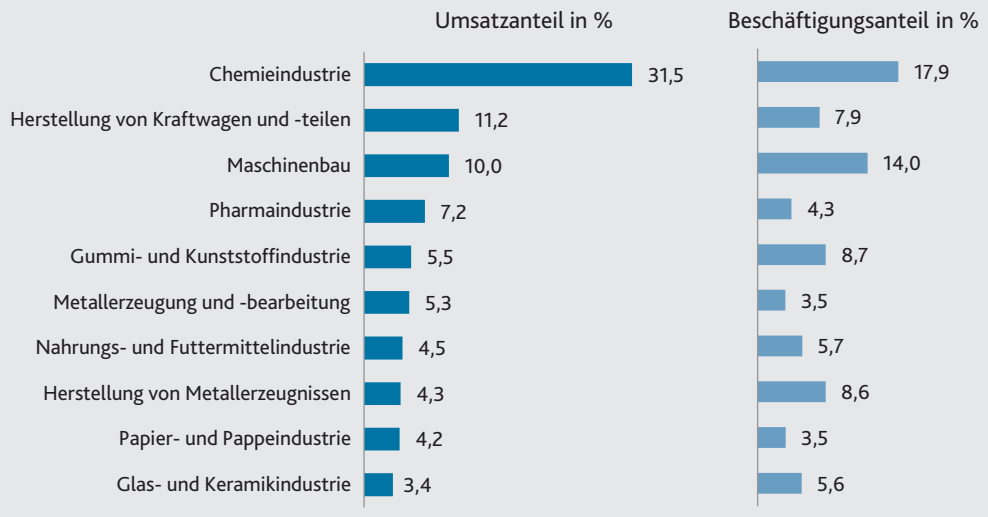
Beschäftigtenzahl steigt um 1,1 Prozent

Im Jahr 2022 arbeiteten 258 700 Menschen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben mit 50 und mehr tätigen Personen; das waren 1,1 Prozent mehr als 2021 (Deutschland: +0,8 Prozent). Die Rückgänge in den beiden Jahren zuvor wurden damit noch nicht ausgeglichen; die Zahl der Beschäftigten lag 1,6 Prozent unter dem Höchststand von 2019 (Deutschland: –3 Prozent). Auf die Chemiebranche entfielen 18 Prozent der Arbeitsplätze. Dahinter folgen der Maschinenbau (14 Prozent), die Gummi- und Kunststoffwarenindustrie (8,7 Prozent), die Herstellung von Metallerzeugnissen (8,6 Prozent) sowie die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie (7,9 Prozent).

In sechs der zehn größten Branchen nimmt die Beschäftigung zu

Die Beschäftigungsentwicklung in den größten Industriebranchen zeigt ein gemischtes Bild: In sechs der zehn umsatzstärksten Branchen nahm die Zahl der tätigen Personen zu. Den stärksten Anstieg gab es in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+5,9 Prozent), der allerdings ohne den Wechsel eines größeren Betriebs aus dem Maschinenbau wesentlich schwächer ausgefallen wäre. Auch die Her-

G4 Umsatz und Beschäftigte in der Industrie 2022 nach ausgewählten Branchen



steller von Metallerzeugnissen verzeichneten einen deutlichen Zuwachs (+3,2 Prozent). In der Chemieindustrie, der Branche mit den meisten Beschäftigten, betrug das Plus 0,5 Prozent. Unter den vier großen Branchen mit abnehmenden Beschäftigtenzahlen verzeichnete die Papier- und Pappeindustrie die stärksten Einbußen (–2,7 Prozent). Aber auch in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie reduzierte sich die Zahl der Arbeitsplätze spürbar (–2,4 Prozent). Im Maschinenbau sank die Zahl der tätigen Personen um ein Prozent, da mehrere Betriebe in ihrer Haupttätigkeit einem anderen Wirtschaftszweig zugeordnet wurden.

Beschäftigte arbeiten weniger Stunden

Die Beschäftigten in Betrieben mit 50 und mehr tätigen Personen arbeiteten 2022 rund 383 Millionen Stunden; das waren 0,5 Prozent mehr als im Vorjahr, aber 2,9 Prozent weniger als im Rekordjahr 2018 (Deutschland: +0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg 2022 schwächer als die Zahl der Beschäftigten, sodass die Zahl der von jeder bzw. jedem Industriebeschäftigten im Jahr geleisteten Arbeitsstunden leicht sank. Jede tätige Person arbeitete durchschnittlich 1481 Stunden; das waren neun Stunden weniger als 2021.

Arbeitsproduktivität steigt deutlich

Produktivitätszuwächse in fast allen Branchen

Die Arbeitsproduktivität in der Industrie, gemessen als Umsatz je Beschäftigte bzw. Beschäftigten, stieg 2022 kräftig, da die Umsatzsteigerungen das Beschäftigungswachstum deutlich übertrafen. Jede in der Industrie tätige Person erwirtschaftete durchschnittlich 447 400 Euro, was einen Zuwachs von 60 100 Euro bzw. 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet (Deutschland: +18 Prozent). In fast allen Industriebranchen waren Produktivitätszuwächse zu verzeichnen. Besonders stark stieg der Umsatz je Beschäftigte bzw. Beschäftigten 2022 in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+69 Prozent). Aber auch in der Mehrzahl der anderen großen Branchen waren die Steigerungsraten zweistellig: In der Pharmaindustrie und in der Papier- und Pappeindustrie betrugen die Zuwächse 26 bzw. 25 Prozent. In der Chemieindustrie legte die Produktivität um

19 Prozent und im Maschinenbau um 13 Prozent zu. Von den zehn umsatzstärksten Branchen verzeichnete nur die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie einen leichten Produktivitätsrückgang (–0,3 Prozent).

Umsatz je Arbeitsstunde steigt

Der Umsatz der Industrie je Arbeitsstunde stieg ebenfalls kräftig. Er belief sich 2022 auf 302 Euro; das waren 16 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch bei der Entwicklung der Stundenproduktivität lag die Metallerzeugung und -bearbeitung mit einem Zuwachs von 73 Prozent unter den zehn umsatzstärksten Branchen mit Abstand an der Spitze; es folgen die Papier- und Pappeindustrie (+29 Prozent) sowie die Pharmaindustrie (+28 Prozent).

Umsatzproduktivität über dem Bundesdurchschnitt

Die rheinland-pfälzische Industrie ist überdurchschnittlich produktiv. Im Jahr 2022 erwirtschaftete sie 46 100 Euro Umsatz je Beschäftigten bzw. 29 Euro Umsatz je Stunde mehr als im Bundesdurchschnitt. Zu diesem Produktivitätsvorsprung leistet die Chemieindustrie einen erheblichen Beitrag. Dort wurden 788 800 Euro Umsatz je Beschäftigte bzw. Beschäftigten erzielt (Deutschland: 581 100 Euro je Beschäftigte bzw. Beschäftigten). Aber auch die Pharmaindustrie wies in Rheinland-Pfalz eine deutlich überdurchschnittliche Umsatzproduktivität auf.

Entgelt je Arbeitsstunde steigt deutlich

Durchschnittliches Entgelt beträgt 39 Euro je Stunde

Die Summe der Entgelte der Beschäftigten in der Industrie (Bruttolöhne und -gehälter) erhöhte sich 2022 um 7,8 Prozent (Deutschland: +5,2 Prozent). Da die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden mit +0,5 Prozent deutlich schwächer zunahm, stiegen die Entgelte je Arbeitsstunde kräftig um 7,3 Prozent (Deutschland: +4,8 Prozent). Durchschnittlich erzielten die Beschäftigten in der Industrie ein Entgelt von 39 Euro je Stunde (Deutschland: 38 Euro). Die Unterschiede zwischen den Branchen sind allerdings groß. Am höchsten waren die Stundenentgelte 2022 in der Chemieindustrie (56 Euro), in der Pharmaindustrie (55 Euro) sowie in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (46 Euro). Niedrig ist das Entgeltniveau beispielsweise in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie (27 Euro) und in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (31 Euro). Auch bei der Entgeltentwicklung zeigt sich eine große Heterogenität. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Arbeitsentgelte je Arbeitsstunde in der Chemieindustrie 2022 um 18,3 Prozent zu. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie betrug der Zuwachs nur 0,7 Prozent.

Lohnstückkosten sinken

Als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit einer Branche werden die Lohnstückkosten herangezogen, die die Stundenentgelte zur Stundenproduktivität in Beziehung setzen. Da die Stundenproduktivität stärker stieg als die Stundenentgelte, verringerten sich die Lohnstückkosten in der Industrie (–7,7 Prozent; Deutschland: –12 Prozent). Unter den zehn umsatzstärksten Branchen verzeichnete die Metallerzeugung und -bearbeitung mit –40 Prozent den kräftigsten Rückgang, da eine starke Steigerung der Stundenproduktivität mit einer deutlich geringeren Erhöhung der Stundenentgelte einherging. Es folgen die Pharmabranche sowie die Papier- und Pappeindustrie, deren Lohnstückkosten um 15 bzw. 14 Prozent sanken.

Moritz Hohlstein, Volkswirt M.Sc., ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft“.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2022 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2022“ die am 30. März 2023 erschienen ist. In ausführlichen textlichen Analysen sind die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

In den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden weitere Ergebnisse aus der Analyse vorgestellt.

Titelfoto: © Maksym Yemelyanov – stock.adobe.com

Zulassungen und Bestand von Personenkraftwagen mit alternativen Antriebskonzepten

Von Daniel Friesenhahn

Globale Erwärmung und Klimawandel sind mittlerweile zu alltäglichen Begleitern in der medialen Berichterstattung geworden. In Politik und Gesellschaft werden seit Jahren geeignete Maßnahmen diskutiert, um dem entgegenzuwirken. Zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen im Verkehrssektor fördert die Bundesregierung – in Zusammenarbeit mit den Herstellern – über die Umweltprämie die Zulassung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen. In diesem Beitrag werden die Auswirkungen dieser Maßnahmen anhand der Entwicklung der Pkw-Neuzulassungen und des Fahrzeugbestandes in Rheinland-Pfalz betrachtet.

Drittgrößter Verursacher von Treibhausgasen ist der Verkehrssektor

Treibhausgase als eine Ursache für globale Erwärmung

Eines der großen Themen unserer Zeit ist der Klimawandel und der Einfluss der Menschen darauf. In diesem Zusammenhang geht es auch um den Ausstoß von sogenannten Treibhausgasen als eine Ursache für die globale Erwärmung. Ein maßgeblicher Einflussfaktor zur Verursachung von Klimagasen ist die Verbrennung von fossilen Energieträgern, wie Kohle, Gas oder Erdölprodukten.

Das Klimaschutzgesetz unterscheidet bei den Treibhausgas-Emissionen vier verschiede Treibhausgasklassen und sieben verschiedene Sektoren, in denen Treibhausgase anfallen (siehe Tabellen T1 und T2).

Im Jahr 2021 lag der Anteil des Verkehrssektors am Gesamtausstoß von Treibhausgasen in der Bundesrepublik Deutschland bei rund 19,3 Prozent, für das Jahr 2022 liegt die Schätzung bei 19,8 Prozent.[1] Somit ist der Verkehrssektor hinter der Energiewirtschaft und der Industrie der drittgrößte Verursacher von Treibhausgasen. Um den Ausstoß von Treibhausgasen im Verkehrssektor zu reduzieren, steht die Transformation des Verkehrssektors weg von fossilen und hin zu alternativen Antriebskonzepten auf der Agenda der Bundesregierung. Ein Teil der Emissionen des Verkehrssektors wird durch den Betrieb von Personenkraftwagen verursacht. Nicht zuletzt durch umfangreiche staatliche Subventionsmaßnahmen zeigen die Zulassungszahlen von neuen Pkw seit einigen Jahren, dass der Transformationsprozess gestartet ist. In diesem Beitrag wird der aktuelle Stand der Umsetzung in Rheinland-Pfalz betrachtet und zwar anhand der Zulassungszahlen von Pkw-Neufahrzeugen und der Bestandsentwicklung. Ein besonde-

Knapp 20 Prozent der Treibhausgase werden 2022 im Verkehrssektor ausgestoßen

1 Vgl. Umweltbundesamt: Emissionsübersichten nach Sektoren des Bundesklimaschutzgesetzes 1990–2022. www.umweltbundesamt.de/dokument/emissionsuebersichten-in-den-sektoren-des (abgerufen am: 15.03.2023).

T1 Treibhausgas-Emissionen 1990–2022 nach Treibhausgasen

Treibhausgas	1990	2000	2010	2020	2021	2022
	1 000 t CO_2-Äquivalente					
Gesamtemissionen (ohne LULUCF)	1 251 225	1 040 192	932 379	730 923	760 358	745 614
Kohlendioxid (ohne LULUCF)	1 054 741	898 938	831 130	647 799	678 799	666 454
Methan (ohne LULUCF)	132 606	96 046	60 100	47 051	45 688	45 014
Lachgas (ohne LULUCF)	51 554	32 472	27 449	24 922	24 767	24 103
F-Gase	12 324	12 735	13 701	11 697	11 104	10 043

LULUCF: Land Use, Land-Use Change an Forestry (Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft)
Quelle: Umweltbundesamt: Emissionsübersichten nach Sektoren des Bundesklimaschutzgesetzes 1990–2022; eigene Darstellung

T2 Treibhausgas-Emissionen 1990–2022 nach Sektoren

Sektor des Klimaschutzgesetzes	1990	2000	2010	2020	2021	2022
	1 000 t CO_2-Äquivalente					
Insgesamt	1 251 225	1 040 192	932 379	730 922	760 357	745 613
Energiewirtschaft	474 599	390 615	368 816	217 928	245 133	255 861
Industrie	278 900	204 886	186 208	175 698	183 252	164 155
Gebäude	210 113	167 026	148 327	123 191	118 026	111 728
Verkehr	163 275	180 504	152 677	145 400	146 786	147 857
Landwirtschaft	83 129	68 911	65 498	63 804	62 666	61 721
Abfallwirtschaft und Sonstiges	41 209	28 250	10 853	4 901	4 494	4 291
	Anteil an Insgesamt in %					
Energiewirtschaft	37,9	37,6	39,6	29,8	32,2	34,3
Industrie	22,3	19,7	20,0	24,0	24,1	22,0
Gebäude	16,8	16,1	15,9	16,9	15,5	15,0
Verkehr	13,0	17,4	16,4	19,9	19,3	19,8
Landwirtschaft	6,6	6,6	7,0	8,7	8,2	8,3
Abfallwirtschaft und Sonstiges	3,3	2,7	1,2	0,7	0,6	0,6

Quelle: Umweltbundesamt: Emissionsübersichten nach Sektoren des Bundesklimaschutzgesetzes 1990–2022; eigene Darstellung

rer Fokus liegt dabei auf der Betrachtung der sogenannten „Alternativen Antriebsarten" und hier insbesondere bei den elektrisch angetriebenen Fahrzeugen.

Alternative Antriebsart bedeutet nicht zwangsläufig kein Ausstoß von Treibhausgasen im Fahrbetrieb

Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten lassen sich in drei unterschiedliche Klassen aufteilen.

In Bezug auf die Reduzierung der Emissionen an Treibhausgasen im Fahrbetrieb können diese Klassen wie folgt charakterisiert werden. Die Typisierung bezieht sich lediglich auf die Treibhausgas-Emissionen beim Betrieb des Fahrzeuges. Etwaige Emissionen in Bezug auf den Herstellprozess bleiben hier außen vor.

Lediglich ein Teil der Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten stößt im Fahrbetrieb keine Treibhausgase aus

- Elektroantriebe: Fahrzeuge in dieser Klasse stoßen während des rein elektrischen Betriebes keine Treibhausgase aus. Im Fall von Elektro (BEV)-Fahrzeugen betrifft dies

100 Prozent der gefahrenen Kilometer. Brennstoffzellenfahrzeuge stoßen während des Betriebes ebenfalls keine Treibhausgase aus. Bei den Plug-in-Hybrid-(PHEV)-Fahrzeugen werden während des rein elektrischen Betriebes keine Treibhausgase ausgestoßen, im Verbrenner- oder Hybridbetrieb hingegen schon.

- Hybrid (ohne Plug-In-Hybrid): Fahrzeuge dieser Klasse stoßen während des Betriebes Treibhausgase aus. Im Falle von Voll-Hybrid-Fahrzeugen erfolgt der Antrieb des Fahrzeuges durch einen Elektromotor, die dafür notwendige elektrische Energie wird während des Fahrbetriebes durch einen Verbrennermotor bereitgestellt, der im Grunde als Generator arbeitet. Bei den Mild-Hybrid-Fahrzeugen erfolgt der Antrieb durch einen klassischen Verbrennermotor. Der Elektromotor dient hier in der Regel als Unterstützung in bestimmten Fahrsituationen. Die dafür erforderliche elektrische Energie wird durch Rekuperation (Bremsenergierückgewinnung) gewonnen.
- Sonstige: Gas- und Wasserstofffahrzeuge stoßen während des Betriebes Treibhausgase aus. Sie werden durch Verbrennermotoren angetrieben, die als Treibstoff ein Gas verwenden.

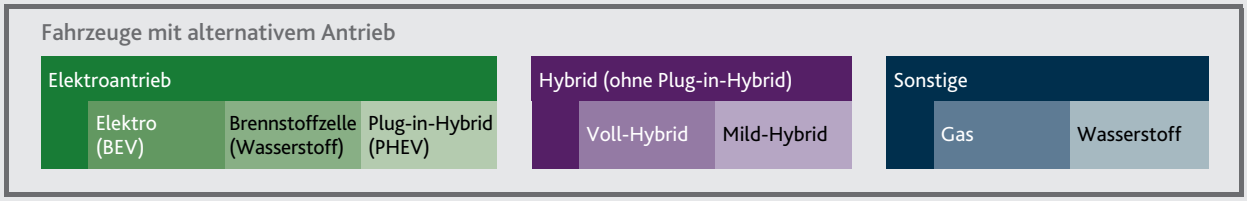
In der Zusammenfassung bedeutet dies, dass lediglich Fahrzeuge aus der Klasse „Elektroantriebe“ in der Lage sind – im Fall von PHEV zumindest Teilstrecken – ohne Emission von Treibhausgasen zu fahren. Völlig emissionsfrei in Bezug auf Treibhausgase fahren lediglich Elektro (BEV)- und Brennstoffzellenantriebe. Fahrzeuge, bei denen die Energie zum Antrieb des Elektromotors mittels einer Brennstoffzelle erzeugt wird, sind aktuell in den Zulassungszahlen noch so gering, dass sie hier nicht weiter betrachtet werden.

Begriffsdefinitionen [2]

- **Alternativer Antrieb:** Fahrzeuge mit den Antriebsarten Elektro (BEV), Brennstoffzelle (Wasserstoff), Hybrid (einschließlich Plug-in-Hybrid), Gas (Flüssig- und Erdgas) und Wasserstoff.
- **Elektro (BEV) (-Fahrzeug):** Fahrzeuge mit ausschließlich elektrischer Energiequelle. (BEV: Battery Electric Vehicle). Bis 2020 wurden diese Fahrzeuge in der amtlichen Fahrzeug-Statistik unter dem Begriff „Elektro“ ausgewiesen.
- **Elektroantrieb:** Fahrzeuge mit elektrischen Antrieben: Elektro (BEV), Brennstoffzelle (Wasserstoff) sowie Plug-in-Hybride.
- **Hybrid(-Fahrzeug):** Fahrzeuge mit mindestens zwei unterschiedlichen Energiewandlern und zwei unterschiedlichen Energiespeichersystemen. In der Praxis handelt es sich dabei vor allem um Hybridfahrzeuge mit einem Verbrennungs- und Elektromotor. (…)
- **Plug-In-Hybrid (-Fahrzeug):** Hybrid-Fahrzeuge, deren Energiespeicher (Akku) extern aufgeladen werden kann. (Anmerkung des Autors: diese Fahrzeuge werden auch als PHEV-Fahrzeuge bezeichnet, PHEV: Plug-In Hybrid Electric Vehicle)
- **Mild-Hybrid:** Mild-Hybride nutzen ihre Elektromotoren lediglich, um den Motor beim Beschleunigen und im Fahrbetrieb zu unterstützen. Ihr Elektromotor kann das Kraftfahrzeug aber in der Regel nicht alleine antreiben. Als elektromotorische Leistungen werden etwa 6-14 kW/t angegeben. (…)
- **Voll-Hybrid:** Voll-Hybrid-Fahrzeuge sind mit ihrer elektromotorischen Leistung von 20 kW/t und mehr in der Lage auch rein elektromotorisch zu fahren (einschließlich Anfahren und Beschleunigen). Im Gegensatz zum Plug-in-Hybrid kann der Elektromotor aber nicht separat aufgeladen werden. (…)

2 Kraftfahrt-Bundesamt: Methodische Erläuterungen zu Statistiken über Fahrzeugzulassungen (FZ), Stand: November 2022. www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/fz_methodik/fz_methodische_erlaueterungen_202211_pdf (abgerufen am 15.03.2023)

G1 Klassifizerung von Fahrzeugen mit alternativem Antrieb



In der Klasse der „Hybride (ohne Plug-in-Hybride)", sowie der „Sonstigen" werden während des Betriebes des Fahrzeuges auch stets Treibhausgase ausgestoßen, im Vergleich zum herkömmlichen Verbrennern – nach Werksangaben der Hersteller – jedoch weniger pro gefahrenem Kilometer.

Steigender Anteil an Zulassungen mit alternativen Antriebsarten

Rund die Hälfte der Pkw-Neuzulassungen sind 2022 Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten

Die Entwicklung der Pkw-Neuzulassungen in den letzten fünf Jahren zeigt einen deutlich steigenden Anteil der Alternativen Antriebsarten. Im ersten Quartal 2023 ist hingegen zu beobachten, dass der Anteil der Alternativen Antriebsarten wieder rückläufig ist.

Um die Entwicklung besser beurteilen zu können lohnt sich ein Blick in die unterschiedlichen Antriebsarten, die unter dem Oberbegriff „Alternative Antriebe" zusammengefasst sind.

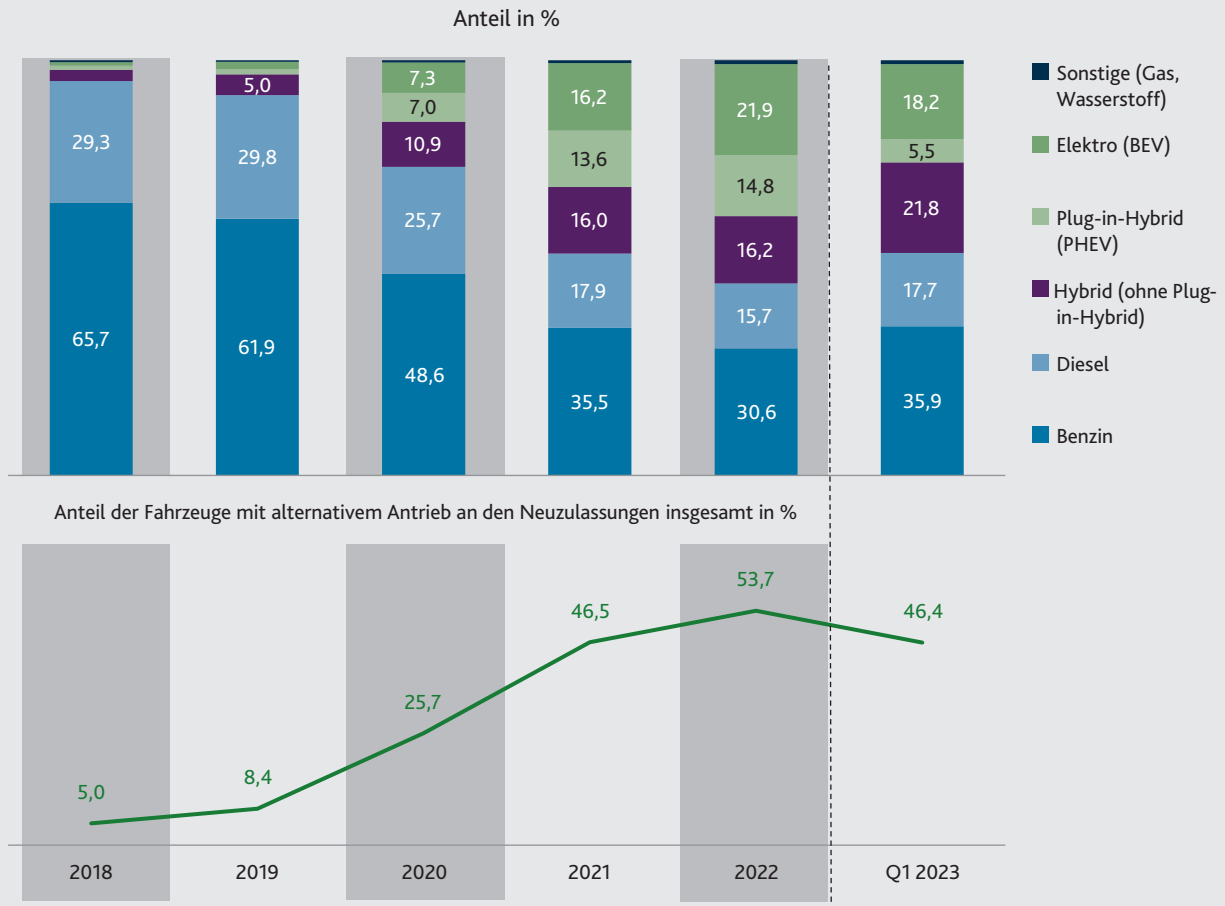
Die reinen Elektrofahrzeuge haben, auch durch die umfangreichen Förderungsmaßnahmen der Umweltprämie, einen kontinuierlichen Zuwachs bis 2022 verzeichnet. Anfang 2023 wurden hier die Förderbeträge reduziert. Dies korrespondiert mit dem Rückgang des Anteils der Elektrofahrzeuge von 2022 zum ersten Quartal 2023. Aktuell ist noch nicht klar zu beurteilen, ob es sich hier um einen Einmaleffekt aufgrund von vorgezogenen Zulassungen Ende 2022 mit der höheren BAFA-Prämie handelt, der dann zu geringeren Zulassungszahlen Anfang 2023 geführt hat.

Bei den Plug-in-Hybriden zeigt sich bis 2022 ein ähnliches Bild wie bei den Elektrofahrzeugen. Hier fällt der Einbruch im ersten Quartal 2023 jedoch wesentlich stärker aus; für Plug-in-Hybride ist die Förderung durch die Umweltprämie zum 1. Januar 2023 weggefallen.

Bei der heterogenen Klasse der „sonstigen Hybriden" ist ein ungebrochenes Wachstum zu erkennen. Dies liegt auch darin begründet, dass die Hersteller, insbesondere die stärker motorisierten Verbrennerfahrzeuge, zunehmend auf die Mild-hybrid-Technologie umstellen. Parallel ist zu beobachten, dass einige Hersteller vermehrt Fahrzeuge mit Voll-Hybrid-Antrieb auf den Markt bringen.

Im Hinblick auf den Ausstoß von Klimagasen, lassen sich folgende Aussagen treffen: Der Anteil an den Neuzulassungen von Fahrzeugen, die im Betrieb keine Klimagase ausstoßen, liegt aktuell im Bereich von 20 Prozent (überwiegend BEV-Fahrzeuge). Fahrzeuge, die zumindest in der Lage sind Teilstrecken ohne Ausstoß von Klimagasen zu fahren (PHEV) hatten 2022 einen Anteil von rund 15 Prozent, sind aber in ersten Quartal 2023 stark rückläufig.

G2 Neuzulassungen von Pkw 2018–2023[1] nach Antriebsart



1 2023: 1. Quartal

Der überwiegende Teil der Pkw-Neuzulassungen stößt im Betrieb weiterhin Klimagase aus. Im Jahr 2022 lag der Anteil bei über 60 Prozent, im ersten Quartal 2023 sogar bei rund 75 Prozent.

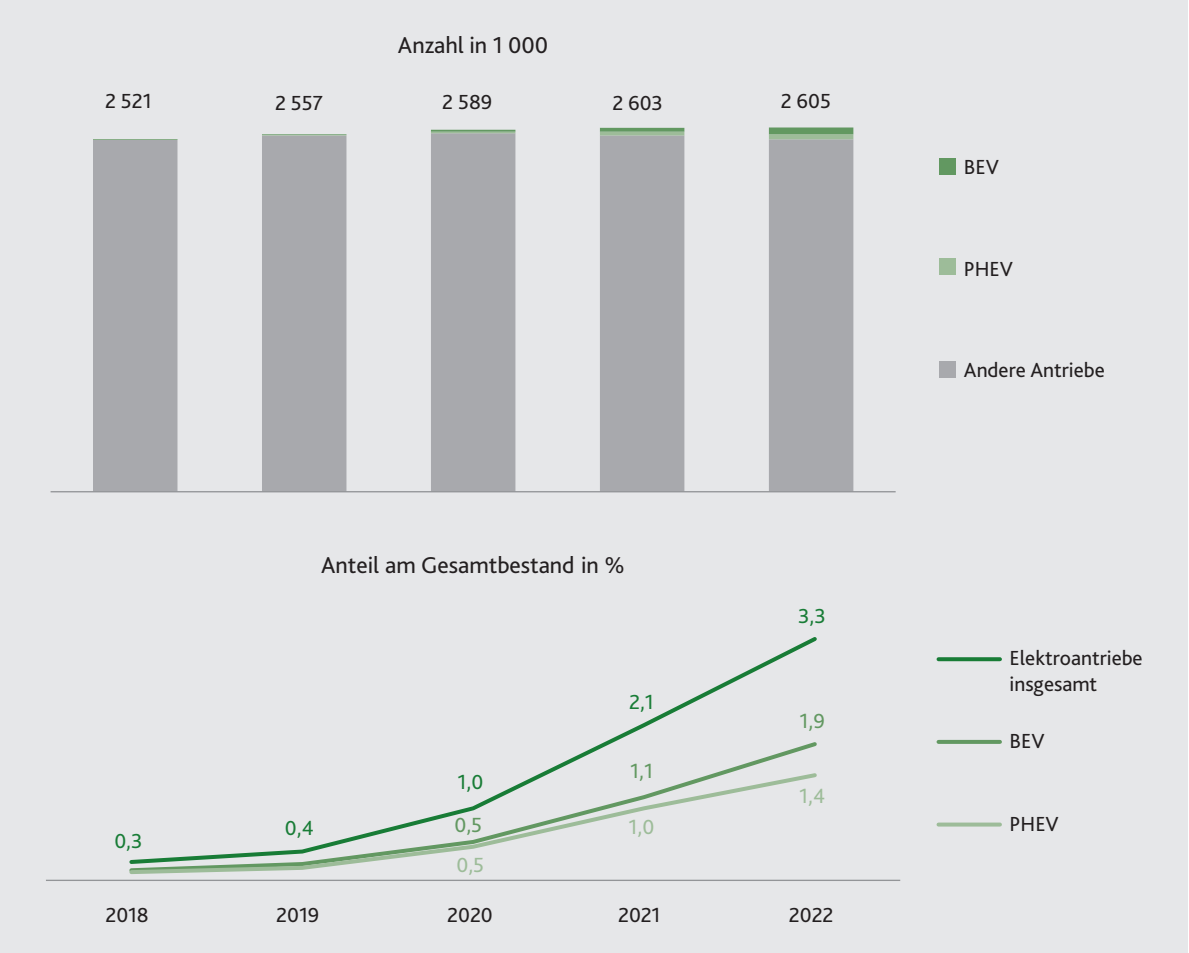
Fahrzeugbestand ohne Ausstoß von Klimagasen auf niedrigem Niveau

Wie sich die Zulassungszahlen der vergangenen fünf Jahre auf den Bestand an Pkw in Rheinland-Pfalz ausgewirkt haben, zeigt die folgende Betrachtung. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf den Fahrzeugen, die ohne den Ausstoß von Klimagasen – zumindest Teilstrecken – fahren können. Um dies klarer darzustellen weist die folgende Grafik lediglich den Anteil der reinen Elektrofahrzeuge (BEV) und der Plug-in-Hybride separat aus und fasst alle anderen Antriebstechnologien in Summe zusammen.

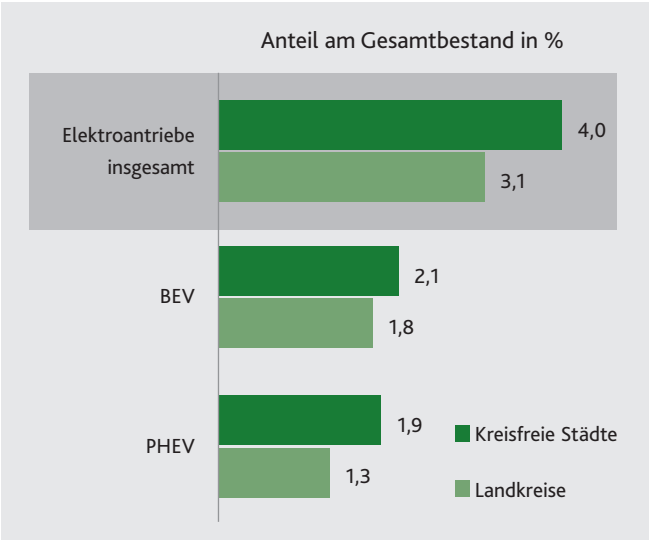
Nur 3,3 Prozent des Pkw-Bestandes kann 2022 ohne Ausstoß von Klimagasen fahren

Der Gesamtbestand an Pkw in Rheinland-Pfalz ist von 2018 bis 2022 moderat von 2,52 Millionen auf rund 2,60 Millionen registrierte Fahrzeuge gewachsen. Im Jahr 2018 lag der Anteil an Pkw, die zumindest eine Teilstecke rein elektrisch und damit ohne

G3 Bestand an Pkw 2018–2022 nach Antriebsart

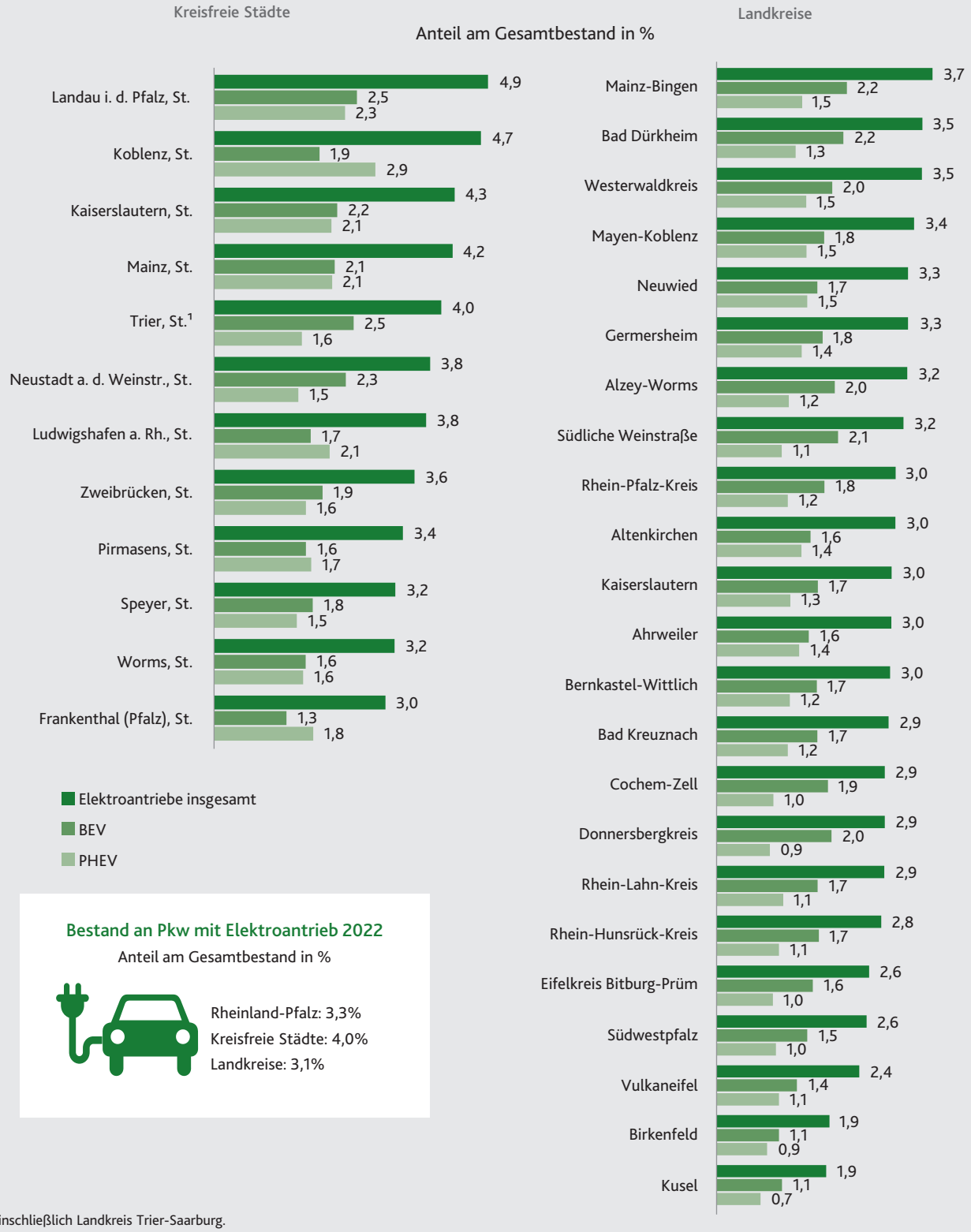


G4 Bestand an Pkw mit Elektroantrieben 2022



Ausstoß von Klimagasen fahren konnten, bei etwa 0,3 Prozent. In den Jahren 2019 bis 2022 stieg dieser Wert merklich an und Ende 2022 waren etwa 3,3 Prozent des Bestandes an zugelassenen Pkw in Rheinland-Pfalz Elektrofahrzeuge (BEV) oder Plug-in-Hybride (PHEV). Trotz der enormen Steigerungsraten innerhalb von fünf Jahren ist der Gesamtanteilswert dieser Fahrzeuge noch auf einem niedrigen Niveau. Das bedeutet, dass Ende 2022 noch fast 97 Prozent der in Rheinland-Pfalz registrierten Pkw im Betrieb Klimagase ausgestoßen haben. Der Anteil der reinen Elektrofahrzeuge (BEV) lag Ende 2022 bei 1,9 Prozent. Das bedeutet, das Ende 2022 lediglich jedes fünfzigste in Rheinland-Pfalz

G5 Bestand an Pkw mit Elektroantrieben in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2022



1 Einschließlich Landkreis Trier-Saarburg.

registrierten Fahrzeuge vollständig ohne den Ausstoß von Klimagasen während des Fahrbetriebes auskam.

Kreisfreie Städte liegen vor Landkreisen

Vier Prozent der in den kreisfreien Städten registrierten Pkw fahren ohne Klimagase

In Rheinland-Pfalz gibt es zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen leichte Unterschiede im Bestand an Elektrofahrzeugen und Plug-in-Hybriden.

Die kreisfreien Städte lagen im Jahr 2022 mit vier Prozent Bestandsanteil (2,1 Prozent BEV und 1,9 Prozent PHEV) vor den Landkreisen mit 3,1 Prozent Anteil (1,8 und 1,3 Prozent).

Den höchsten Anteil am Pkw-Bestand von BEV und PHEV hat die kreisfreie Stadt Landau mit insgesamt 4,9 Prozent (2,5 und 2,3 Prozent), gefolgt von Koblenz mit 4,7 Prozent (1,9 und 2,9 Prozent). Schlusslicht bei den kreisfreien Städten war Frankental mit drei Prozent Gesamtanteil (1,3 und 1,8 Prozent).

Bei den Landkreisen liegt der Kreis Mainz-Bingen mit insgesamt 3,7 Prozent (2,2 und 1,5 Prozent) vor Bad Dürkheim mit 3,5 Prozent (2,2 und 1,3 Prozent) bzw. dem Westerwaldkreis mit ebenfalls 3,5 Prozent (2 und 1,5 Prozent). Im Landkreis Kusel ist der Anteil am Gesamtbestand mit 1,9 Prozent (1,1 und 0,7 Prozent) am niedrigsten.

Fazit

Die Transformation hin zu alternativen Antriebskonzepten im Verkehrssektor hat begonnen. Begünstigt durch hohe staatliche Subventionen haben die Neuzulassungen im Bereich der elektrisch angetriebenen Fahrzeuge in den letzten Jahren stark zugenommen. Der Einfluss auf den Gesamtbestand an zugelassenen Personenkraftwagen und damit die Ersparnis an Treibhausgasemissionen ist allerdings noch gering. Nicht jedes Fahrzeug, dass unter dem Begriff „Alternative Antriebsart“ geführt wird, fährt auch tatsächlich ohne den Ausstoß von Treibhausgasen. Im urbanen Raum ist der Anteil an elektrisch betriebenen Fahrzeugen höher als in den Landkreisen.

Daniel Friesenhahn, Diplom-Wirtschaftsingenieur, leitet das Referat „Steuern, Verwaltungsstatistiken“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2020	2021		2022				2023	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 096 [1,2]	4 103 [1,2]	4 106	4 107	4 108	4 161	4 159	4 160	4 162
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	477 [1,2]	493 [1,2]	501	503	505	566	566	569	571
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 576	1 544	1 741	453	1 172	1 049	1 747	454	554
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 136	3 221	3 279	2 746	2 703	2 924	2 981	2 674	2 613
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,2	9,4	9,4	7,9	8,6	8,6	8,4	7,6	8,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	4 098	4 214	5 049	4 456	4 186	4 431	5 471	4 826	4 186
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,0	12,3	14,5	12,8	13,3	13,0	15,5	13,7	13,1
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	11	10	7	5	11	15	14	7	5
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,0	2,1	1,8	4,1	5,1	4,7	2,6	1,9
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-962	-994	-1 770	-1 710	-1 483	-1 507	-2 490	-2 152	-1 555
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,8	-2,9	-5,1	-4,9	-4,7	-4,4	-7,0	-6,1	-4,9
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 786	11 297	9 657	10 996	11 470	13 148	11 096	13 396	11 930
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 052	5 369	4 453	5 604	6 665	7 501	5 973	7 897	7 083
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 367	9 612	9 226	8 870	8 644	10 427	10 156	9 815	9 225
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 809	3 918	4 506	3 772	3 906	4 744	5 351	4 662	4 520
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 418	1 685	431	2 126	2 826	2 721	940	3 581	2 705
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 203	13 300	12 780	12 317	12 042	14 235	13 911	14 978	13 570

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2019	2020	2021				2022		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 435	1 429	1 445	1 454	1 478	1 471	1 474	1 480	1 500
* Frauen	1 000	667	667	674	677	689	689	689	691	700

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2019	2020	2021				2022		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	170	174	183	190	195	193	200	208	214
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	422	423	429	434	439	442	444	448	450
* darunter Frauen	1 000	342	343	347	350	354	356	357	360	361
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	13	15	15	12	14	16	17
* produzierendes Gewerbe	1 000	442	436	436	436	443	439	440	440	446
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	319	316	316	319	326	325	323	326	330
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	225	223	230	233	237	236	238	239	242
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	435	440	450	450	457	460	459	458	463

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose	Anzahl	112 137	102 515	97 675	95 369	100 370	109 666	109 045	107 573	108 405
* Frauen	Anzahl	50 284	47 178	43 592	42 719	46 746	49 828	49 686	49 113	49 549
Männer	Anzahl	61 853	55 337	54 083	52 649	53 623	59 838	59 359	58 460	58 856
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	48 647	40 333	40 005	38 516	38 334	43 420	42 107	41 155	41 465
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	63 490	62 182	57 670	56 853	62 036	66 246	66 938	66 418	66 940
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,0	4,6	4,3	4,2	4,5	4,9	4,9	4,8	4,8
* Frauen	%	4,7	4,5	4,1	4,0	4,4	4,7	4,7	4,6	4,6
* Männer	%	5,2	4,6	4,5	4,4	4,5	5,0	5,0	4,9	4,9
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,3	3,8	3,4	3,3	3,6	4,2	4,2	4,0	4,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,3	2,6	2,6	3,0	3,5	3,6	3,3	3,2
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,5	4,4	4,4	4,5	4,7	4,7	4,6	4,7
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,5	5,1	5,0	4,9	5,0	5,3	5,2	5,1	5,2
* Ausländer/-innen[9]	%	12,1	11,9	10,4	9,9	11,7	13,5	13,6	12,6	12,6
Deutsche	%	4,0	3,5	3,5	3,5	3,4	3,7	3,6	3,6	3,6
* Kurzarbeiter/-innen[10]	Anzahl	66 290	14 748	14 339	11 078	7 994	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[11]	Anzahl	37 337	45 781	46 156	46 667	46 896	43 621	43 200	43 049	42 598

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[12]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	221 882	220 686	209 338	208 203	205 800	232 396	234 355	235 461	...
* darunter Frauen	Anzahl	110 346	112 509	104 129	103 554	102 437	119 620	120 421	120 781	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	149 423	146 892	140 294	139 561	137 922	154 674	156 138	157 127	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	59 122	61 133	56 046	55 985	55 358	64 985	65 188	65 511	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	57 242	59 377	54 261	54 172	53 567	63 243	63 456	63 745	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. - 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	628	536	592	625	534	454	289	327	292
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	551	459	491	512	467	390	234	263	251
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	2	2	3	3	2	2	2	4
Unternehmen	Anzahl	66	75	77	78	60	119	38	55	34
private Haushalte	Anzahl	558	459	513	544	471	333	249	270	254
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 319	1 237	1 352	1 764	1 263	1 111	924	899	968
* Umbauter Raum	1 000 m^3	822	728	818	965	711	652	459	524	457
* Wohnfläche	1 000 m^2	154	137	152	182	134	124	87	98	80
Wohnräume	Anzahl	5 968	5 346	6 005	6 966	5 277	4 628	3 531	3 770	3 280
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	305	305	328	406	285	283	198	225	223
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	121	130	114	138	117	117	99	88	119
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	14	20	10	13	12	8	12	10
Unternehmen	Anzahl	76	69	61	80	68	67	49	43	64
private Haushalte	Anzahl	32	47	33	48	36	38	42	33	45
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	31	2	13	124	5	24	9	12
* Umbauter Raum	1 000 m^3	846	862	1 023	1 194	746	539	709	354	783
* Nutzfläche	1 000 m^2	117	181	107	126	969	80	84	55	96
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	127	152	113	139	103	116	98	70	121
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 575	1 498	1 571	2 042	1 565	1 421	1 138	1 121	1 318
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	7 038	6 389	7 021	8 044	6 202	5 873	4 342	4 655	4 507

Landwirtschaft

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 053	10 436	10 117	11 638	9 636	10 356	9 586	11 683	9 774
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 376	1 239	1 357	1 450	1 237	1 195	1 084	1 661	1 037
darunter										
* Kälber	t	7	6	6	6	8	3	4	8	5
* Jungrinder	t	9	8	7	11	12	4	3	7	6
* Schweine	t	9 640	9 164	8 734	10 158	8 355	9 134	8 480	9 982	8 696
* Eiererzeugung[2]	1 000	21 737	22 974	22 117	23 426	22 717	22 648	20 812	22 795	20 568

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 021	1 022	1 019	1 025	1 027	1 002	1 012	1 023	1 022
* Beschäftigte[4]	Anzahl	255 993	258 732	256 174	257 344	257 686	259 148	261 050	261 412	261 083
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 790	31 939	31 896	35 291	30 684	33 664	32 027	35 653	29 906
* Entgelte	Mill. EUR	1 157	1 248	1 127	1 160	1 260	1 192	1 192	1 224	1 307
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	8 263	9 646	9 356	10 602	9 469	8 598	8 929	10 420	8 188
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	4 549	5 531	5 499	6 240	5 586	5 121	5 084	5 631	4 534
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 276	2 398	2 398	2 484	2 207	2 119	2 464	3 118	2 347
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	101	95	123	95	90	90	124	92
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 352	1 615	1 364	1 755	1 580	1 269	1 291	1 548	1 216
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 543	3 041	3 116	3 449	3 161	2 753	2 729	2 923	2 303
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 106	1 076	1 209	1 088	899	781	1 085	1 468	977
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 658	5 297	5 232	5 750	5 155	4 933	5 082	5 771	4 628
Exportquote[6]	%	56,4	54,9	55,9	54,2	54,4	57,4	56,9	55,4	56,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	125,4	110,3	129,7	140,6	115,0	88,1	100,7	93,5	73,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	115,8	101,9	117,0	139,7	108,3	101,6	87,9	91,2	76,1
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	132,2	107,4	138,8	152,8	106,4	72,4	116,4	90,7	70,6

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	200,3	232,9	227,5	195,4	259,0	211,2	274,4	251,2	229,2
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	133,0	145,3	139,6	94,3	162,7	83,7	80,2	101,6	64,0
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	113,4	95,2	114,5	142,4	102,7	80,7	77,1	80,8	68,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	140,3	105,5	162,5	171,4	118,4	42,6	137,9	75,5	59,3
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	170	171	171	171	171	171	171	171	171
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	10 083	10 229	10 151	10 136	10 124	10 271	10 270	10 284	10 298
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 246	1 245	1 240	1 375	1 154	1 386	1 242	1 408	1 166
* Entgelte[3]	Mill. EUR	49	51	44	46	53	46	46	49	55
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	311	302	370	397	299	318	309	302	227
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	296	286	355	372	283	300	295	287	213
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	23 927	24 296	24 079	24 163	24 349	23 949	24 017	24 436	24 723
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 384	2 394	2 127	2 655	2 420	1 698	2 074	2 536	2 363
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	432	452	431	491	456	344	397	452	402
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	831	815	749	902	804	689	772	941	832
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 121	1 127	948	1 263	1 160	665	905	1 143	1 129
darunter Straßenbau	1 000 h	596	611	464	668	638	328	456	597	608
* Entgelte	Mill. EUR	85	91	75	85	89	80	80	88	92

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	363	397	281	379	363	234	278	415	362
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	68	82	67	83	83	49	63	108	64
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	135	140	99	139	125	96	110	151	137
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	160	176	115	157	155	89	105	155	160
darunter Straßenbau	Mill. EUR	83	93	53	77	81	43	52	80	81

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	485	497	484	480	499	499	496	495	525
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	18 926	19 764	19 137	18 985	19 750	19 555	20 000	19 751	20 247
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 610	5 687	5 652	5 571	5 745	5 611	5 754	5 637	6 080
* Entgelte	Mill. EUR	170	184	168	184	171	181	184	198	187
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	588	662	609	747	506	637	653	853	595

Handel[5]

Großhandel[p, 6]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Beschäftigte	2015=100	103,2	105,5	104,1	104,0	104,0	105,8	105,8	105,7	105,8
* Umsatz nominal[7]	2015=100	117,7	138,1	111,8	143,3	134,3	126,9	129,5	154,8	137,3
* Umsatz real[7]	2015=100	107,8	112,0	94,9	117,0	109,4	102,1	103,4	123,2	109,7

Einzelhandel[p, 8]

* Beschäftigte	2015=100	106,2	108,3	107,1	107,2	107,3	108,9	108,4	108,7	108,2
* Umsatz nominal[7]	2015=100	117,2	129,9	110,6	136,4	133,6	118,8	115,1	138,2	131,7
* Umsatz real[7]	2015=100	108,8	110,4	99,6	120,1	116,2	97,3	93,1	110,9	105,2

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Beschäftigte	2015=100	106,1	105,7	105,0	105,1	105,2	105,4	105,5	105,7	105,8
* Umsatz nominal[3]	2015=100	120,6	128,0	111,0	139,5	113,3	121,3	120,3	156,4	128,5
* Umsatz real[3]	2015=100	109,8	107,5	96,2	120,0	96,8	96,8	95,6	123,5	100,8

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	80,4	91,8	81,6	84,2	87,6	91,5	92,4	95,2	98,1
* Umsatz nominal[3]	2015=100	75,7	112,7	82,4	99,6	115,8	92,1	89,9	104,1	110,4
* Umsatz real[3]	2015=100	65,2	90,9	69,1	83,2	95,8	70,7	68,8	79,2	83,6

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	408	659	266	410	666	324	369	521	737
* darunter von Auslandsgästen	1 000	57	123	40	55	112	53	63	73	130
* Gästeübernachtungen	1 000	1 184	1 755	750	1 075	1 761	858	936	1 267	1 912
* darunter von Auslandsgästen	1 000	177	366	114	156	315	150	170	199	356

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2021	2022				2023		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 517	1 663	1 309	1 186	1 440	1 599	1 476	1 203	1 459
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 017	1 139	811	705	1 029	907	907	807	933
* Getötete Personen	Anzahl	10	12	10	8	13	7	6	13	6
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	4	5	4	6	4	4	3	5	3
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	3	-	4	-	-	1	-
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	-	2	-	1	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	3	2	3	3	2	3	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 278	1 438	1 068	890	1 310	1 197	1 163	1 030	1 195

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2021	2022					2023		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
schwer verletzte Personen	Anzahl	227	234	166	136	232	136	152	142	167
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	93	93	99	73	104	81	85	82	93
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	57	55	11	13	51	14	13	10	15
Radfahrer	Anzahl	46	52	15	21	40	13	20	17	35
Fußgänger	Anzahl	20	19	24	16	22	24	26	19	16

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 070	11 417	10 013	13 347	9 710	8 635	9 732	14 107	10 143
darunter										
Krafträder	Anzahl	882	1 057	658	1 478	1 231	452	776	1 739	1 299
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	8 680	8 992	8 015	10 127	7 210	6 862	7 663	10 539	7 506
* Lastkraftwagen	Anzahl	975	869	888	1 073	833	894	889	1 215	775
Zugmaschinen	Anzahl	413	395	386	581	397	342	347	496	471

Personenbeförderung

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 808	63 196	55 209	56 046	61 922	58 585	71 740	60 536	60 859
Personenkilometer[3]	Mill.	546	626	577	595	625	644	615	620	657

Binnenschifffahrt

	Einheit	2021	2022					2023		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Güterempfang	1 000 t	1 001	960	1 055	1 069	984	795	1 002	835	1 011
* Güterversand	1 000 t	823	695	769	789	792	569	682	617	850

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 558	5 068	4 796	4 926	5 625	4 394	5 185	5 194	5 725
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	341	378	336	346	358	349	432	379	436
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 183	4 637	4 418	4 532	5 214	3 976	4 642	4 688	5 118

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2021	2022					2023		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Rohstoffe	Mill. EUR	32	37	31	29	47	34	38	30	34
* Halbwaren	Mill. EUR	172	206	182	203	206	169	172	180	180
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 979	4 394	4 205	4 300	4 960	3 772	4 433	4 477	4 904
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 126	1 318	1 414	1 353	1 468	955	1 245	1 149	1 298
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 853	3 076	2 791	2 947	3 493	2 817	3 188	3 328	3 607
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 159	3 453	3 217	3 413	3 877	2 938	3 479	3 517	3 843
darunter in/nach										
EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 559	2 894	2 629	2 835	3 248	2 486	2 941	2 988	3 200
Belgien	Mill. EUR	241	272	225	316	341	224	252	245	267
Luxemburg	Mill. EUR	55	57	46	58	69	45	53	59	56
Dänemark	Mill. EUR	50	56	51	53	62	59	72	57	69
Finnland	Mill. EUR	32	37	30	26	41	34	34	29	51
Frankreich	Mill. EUR	437	504	468	502	584	463	528	521	569
Griechenland	Mill. EUR	79	97	133	29	77	85	76	51	50
Irland	Mill. EUR	27	30	28	19	27	34	26	28	39
Italien	Mill. EUR	271	311	331	327	358	241	320	332	338
Niederlande	Mill. EUR	275	334	274	336	335	308	362	361	348
Österreich	Mill. EUR	193	204	185	203	222	155	198	188	216
Schweden	Mill. EUR	71	79	67	70	87	65	87	85	94
Spanien	Mill. EUR	195	221	221	221	253	171	230	250	268
Portugal	Mill. EUR	39	33	26	28	33	30	47	43	48
Großbritannien	Mill. EUR	194	217	208	202	244	166	219	207	236
* Afrika	Mill. EUR	105	138	127	130	146	162	131	148	161
* Amerika	Mill. EUR	608	761	732	699	808	645	818	762	874
darunter nach USA	Mill. EUR	407	518	482	507	548	442	566	503	622
* Asien	Mill. EUR	631	655	674	633	730	602	691	712	786
darunter nach China	Mill. EUR	198	181	178	193	227	163	165	171	194
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	54	60	46	51	64	47	65	53	60

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 517	4 021	3 482	3 914	4 273	3 434	3 684	4 009	4 171
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	333	399	280	398	411	406	338	499	402
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 021	3 452	3 085	3 379	3 716	2 844	3 129	3 211	3 376
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	51	39	45	50	37	35	45	36
* Halbwaren	Mill. EUR	243	346	271	378	399	230	322	309	338
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 737	3 055	2 774	2 956	3 266	2 577	2 773	2 857	3 002

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2021	2022					2023		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	641	786	715	816	838	594	678	679	699
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 096	2 269	2 059	2 140	2 429	1 984	2 095	2 178	2 304
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 492	2 777	2 344	2 713	2 953	2 379	2 434	2 889	2 992
darunter aus										
EU-Ländern (27)	Mill. EUR	2 148	2 431	1 997	2 339	2 548	2 101	2 103	2 536	2 582
Belgien	Mill. EUR	251	324	275	302	343	272	271	364	310
Luxemburg	Mill. EUR	44	54	32	40	59	48	51	67	59
Dänemark	Mill. EUR	47	40	47	51	42	35	22	53	43
Finnland	Mill. EUR	13	17	12	16	19	15	18	16	17
Frankreich	Mill. EUR	310	350	320	363	376	287	322	344	378
Griechenland	Mill. EUR	20	25	42	10	30	24	22	42	41
Irland	Mill. EUR	62	48	57	65	60	41	25	21	26
Italien	Mill. EUR	248	256	185	273	281	225	191	268	291
Niederlande	Mill. EUR	262	328	252	307	306	321	267	317	343
Österreich	Mill. EUR	157	159	132	138	161	110	134	137	138
Schweden	Mill. EUR	34	30	25	29	34	24	31	31	36
Spanien	Mill. EUR	166	170	117	153	156	145	164	183	182
Portugal	Mill. EUR	28	36	28	30	42	41	34	34	39
Großbritannien	Mill. EUR	74	72	64	84	101	57	66	67	85
* Afrika	Mill. EUR	58	93	72	119	119	55	83	46	74
* Amerika	Mill. EUR	291	352	264	362	355	348	377	303	366
darunter aus USA	Mill. EUR	220	268	196	299	235	284	302	242	290
* Asien	Mill. EUR	667	787	791	705	834	643	774	756	724
darunter aus China	Mill. EUR	344	417	440	376	421	350	420	361	334
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	9	10	13	10	6	13	9	7

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 800	2 624	3 151	3 101	2 418	4 114	2 950	3 592	2 418
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	463	415	509	512	444	535	346	452	361
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 827	1 739	2 087	2 031	1 520	2 813	2 077	2 538	1 686
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 305	2 282	2 415	2 538	1 974	4 119	2 538	2 992	1 911
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	341	323	339	397	259	487	295	409	210
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 448	1 510	1 572	1 597	1 301	2 858	1 733	2 020	1 340

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Insgesamt	Anzahl	452	397	376	464	388	382	365	489	359
davon										
* Unternehmen	Anzahl	42	50	36	61	44	39	67	56	48
* Verbraucher	Anzahl	294	244	239	291	229	255	200	318	212
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	97	86	88	87	96	66	79	104	88
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	20	17	13	25	19	22	19	11	11
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	81	89	114	68	57	296	57	57	62

Handwerk[2]

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte[3]	2020=100[4]	98,6	98,0	99,7	98,4	97,8	97,4	98,9	97,3	96,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2020=100[6]	101,2	110,3	104,3	117,9	93,9	107,8	114,4	125,2	101,5

Preise

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2020=100	103,0	109,8	108,4	109,4	109,3	115,6	116,1	116,1	116,3
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2020=100	100,7	102,8	102,9	103,0	103,0	104,0	104,2	104,4	104,3

Verdienste[7]

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 328	...	4 017	4 053	...	...	...	...	...
* Frauen	EUR	3 894	...	3 661	3 698	...	...	...	...	...
* Männer	EUR	4 506	...	4 164	4 199	...	...	...	...	...
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	8 054	...	7 164	7 189	...	...	...	...	...
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	5 041	...	4 697	4 740	...	...	...	...	...
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 695	...	3 475	3 505	...	...	...	...	...
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 997	...	2 828	2 868	...	...	...	...	...
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 522	...	2 453	2 458	...	...	...	...	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 542	...	4 113	4 149	...	...	...	...	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 194	...	3 825	3 930	...	...	...	...	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 726	...	4 229	4 279	...	...	...	...	...
* Energieversorgung	EUR	5 869	...	5 214	5 212	...	...	...	...	...
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 882	...	3 637	3 642	...	...	...	...	...
* Baugewerbe	EUR	3 891	...	3 699	3 676	...	...	...	...	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	4 181	...	3 952	3 989	...	...	...	...	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	4 006	...	3 708	3 724	...	...	...	...	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 199	...	2 999	3 100	...	...	...	...	...
* Gastgewerbe	EUR	2 029	...	2 379	2 375	...	...	...	...	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 527	...	5 158	5 187	...	...	...	...	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 666	...	4 954	4 963	...	...	...	...	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	4 592	...	(4 047)	(4 107)	...	...	...	...	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 234	...	4 702	4 783	...	...	...	...	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	3 105	...	3 008	3 033	...	...	...	...	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	4 248	...	4 128	4 128	...	...	...	...	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 848	...	4 692	4 728	...	...	...	...	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 279	...	4 044	4 084	...	...	...	...	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	2 918	...	3 117	3 160	...	...	...	...	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 930	...	3 732	3 777	...	...	...	...	...

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2020	2021			2022				2023
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	120 254	125 993	127 152	127 965	130 771	133 534	148 827	154 395	155 394
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	7 893	7 646	7 822	7 268	8 279	8 960	11 093	10 931	11 226

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2020	2021			2022				2023
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	7 715	7 500	7 487	7 165	7 282	7 289	10 187	11 795	12 038
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	104 646	110 847	111 843	113 532	115 210	117 285	127 547	131 669	132 130
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 565	123 160	124 234	125 171	127 715	130 486	142 886	146 110	146 973
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	109 870	115 551	116 732	117 688	120 128	122 766	134 918	138 126	138 763
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 695	7 608	7 502	7 483	7 587	7 720	7 968	7 984	8 210
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	2 689	2 833	2 918	2 794	3 056	3 048	5 941	8 285	8 421
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	129 485	136 413	137 653	138 529	139 990	140 220	141 975	143 161	140 024
Sichteinlagen	Mill. EUR	87 046	94 508	96 046	96 165	97 267	97 619	99 498	99 480	94 385
Termineinlagen	Mill. EUR	15 329	15 117	14 917	15 662	16 062	16 211	16 332	17 768	20 061
Sparbriefe	Mill. EUR	1 907	1 503	1 458	1 410	1 422	1 438	1 582	1 952	3 110
Spareinlagen	Mill. EUR	25 203	25 285	25 232	25 292	25 239	24 952	24 563	23 961	22 468
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	127 638	134 492	135 790	136 322	137 789	137 907	139 614	141 025	137 953
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	123 943	130 373	131 459	131 609	133 238	133 312	135 023	136 426	133 505
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 695	4 120	4 331	4 713	4 551	4 595	4 591	4 599	4 448
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 847	1 920	1 863	2 207	2 201	2 313	2 361	2 136	2 071

Steuern

	Einheit	2021	2022			2023			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	5 354	6 516	9 925	5 273	2 824	2 268	9 876	4 910	6 063
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 820	1 730	2 425	954	1 625	1 394	2 409	877	1 158
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 023	1 067	818	841	1 585	1 425	789	870	1 373
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	200	209	-	-	642	687	-	-	502
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	268	271	747	46	-23	33	753	-28	-38
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	220	146	57	32	55	52	61	24	62

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	32	27	6	7	96	45	3	7	72
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	23	21	-	-	91	40	-	-	67
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	277	219	797	27	-89	-161	804	5	-311
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-72	-	-	-102	-176	-	-	-99
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 534	4 785	7 500	4 320	1 199	875	7 466	4 033	4 905
Umsatzsteuer	Mill. EUR	579	493	363	566	559	608	-310	430	754
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 955	4 292	7 137	3 754	640	266	7 776	3 603	4 151
Zölle	Mill. EUR	254	327	284	329	285	284	260	253	237
Bundessteuern	Mill. EUR	49	47	93	28	21	18	96	23	18
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	2	3	11	8	1	3	11	8	10
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	46	43	82	20	20	14	85	15	8
Landessteuern	Mill. EUR	110	123	175	96	103	90	128	91	89
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	25	40	69	26	28	27	36	30	36
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	64	56	72	50	54	43	48	42	37
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	16	22	21	15	14	16	31	15	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	3	10	2	3	2	12	2	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	3	2	2	2	0

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	955	...	866	1 570	1 545	1 047	1 072	1 067	...
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	...	6	4	5	5	6	4	...
Grundsteuer B	Mill. EUR	151	...	162	140	151	162	181	152	...
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	785	...	682	1 407	1 369	859	861	888	...
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	14	...	16	19	21	21	25	23	...

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2021	2022	2021		2022				2023
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 475	1 677	1 334	2 668	1 544	1 545	1 606	2 013	1 123
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	730	877	633	1 299	1 295	718	775	721	892
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	484	527	430	1 007	72	554	540	940	42
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	91	85	87	199	1	84	80	173	-

	Einheit	2021	2022				2023			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 386	1 343	930	1 255	1 143	1 119	1 284	1 109	920
Landessteuern	Mill. EUR	110	123	175	96	103	90	128	91	89
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	725	674	1 015	327	555	502	996	281	353
Lohnsteuer	Mill. EUR	348	366	267	278	542	515	243	276	449
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	114	115	317	19	-10	14	320	-12	-16
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	110	72	29	14	25	33	30	11	44
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	12	3	3	42	20	1	3	32
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	139	110	399	14	-45	-81	402	2	-156
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	541	524	-260	777	458	525	160	691	478
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	287	-295	359	354	343	169	242	424
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	167	237	35	418	104	182	-9	449	53
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	16	0	39	19	2	0	33	0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	7	0	16	8	1	0	14	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 631	3 262	5 082	2 655	1 261	998	5 162	2 512	2 998
Bundessteuern	Mill. EUR	49	47	93	28	21	18	96	23	18
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	811	762	1 094	409	689	584	1 088	374	474
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 764	2 437	3 895	2 178	532	394	3 978	2 082	2 507
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	16	0	39	19	2	0	33	0

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juni 2023

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Diagnosedaten der in Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen behandelten Patientinnen und Patienten 2021 (Diagnose- und DRG-Statistik)
Kennziffer: A4043 202100

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im April 2023
Kennziffer: C2013 202301

Weinmosternte 2021
Kennziffer: C2053 202200

Endgültige Ernteergebnisse von Feldfrüchten und Grünland 2022
Kennziffer: C2083 202200

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung 2023
Kennziffer: C3053 202341

Schweinebestände und Schweinehaltungen am 3. November 2022
Kennziffer: C3083 202222

Aquakultur in Rheinland-Pfalz 2022
Kennziffer: C3113 202200

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im April 2023
Kennziffer: D1023 202304

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im April 2023 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202304

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im April 2023
Kennziffer: E1033 202304

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im April 2023
Kennziffer: E1113 202304

Bauhauptgewerbe im April 2023 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202304

Ausbaugewerbe im 1. Vierteljahr 2023 (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) – Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E3023 202341

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke im März 2023
Kennziffer: E4023 202303

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2021
Kennziffer: E4073 202100

Stromeinspeisung in das Netz der allgemeinen Versorgung 2021
Kennziffer: E4093 202100

Wärmeversorgung 2021 – Ergebnis der Jahreserhebung bei Betreibern von Anlagen zur Wärmeversorgung
Kennziffer: E4103 202100

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im April 2023
Kennziffer: F2033 202304

Baufertigstellungen 2022
Kennziffer: F2053 202200

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im April 2023
Kennziffer: G3023 202304

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im April 2023
Kennziffer: G4023 202304

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 2022
Kennziffer: H1013 202200

Straßenverkehrsunfälle im März 2023
Kennziffer: H1023 202203

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 1. Vierteljahr 2023 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 202341

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im März 2023
Kennziffer: Z1013 202303

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Standard-Arbeitsvolumen in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2021 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2022)
Kennziffer: A6325 202100

Anlagevermögen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2020 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 4 (Berechnungsstand: August 2022)
Kennziffer: P1245 202200

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2022 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 5 (Berechnungsstand: August 2022/Februar 2023)
Kennziffer: P1255 202200

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Juni 2023
Kennziffer: Z2201 202106

Faltblatt: Landwirtschaft und Weinbau 2023

Faltblatt: Verbraucherpreisindex 2023

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel
Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz
Titelfoto: © Anton Sokolov – stock.adobe.com
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.